

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

Folter mit System

Seite 6



Kindertages- betreuung: Vieles im Argen

Seite 3



Waren Sie schon einmal in Usbekistan? Seite 12

40-Stunden-Woche bei Daimler: Diskussion in der Stuttgarter IG Metall

Seite 17



Tarife, Lohnstandards, Mindestlöhne und europäische Erfahrungen

Seite 18



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubai Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/ 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubai Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 . Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 (Förderabo 42,90), ein Jahresabonnement kostet 59,80 (Förderabo 85,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60, Sozialabo: 46,80. Ausland: +6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

AKTUELL

Gründung der Europäischen Linkspartei

Am 8. und 9. Mai fand der Gründungskongress der Partei der Europäischen Linken in Rom statt. 15 Parteien nahmen teil, zum Vorsitzenden wurde einstimmig der italienische Kommunist Fausto Bertinotti gewählt. Verabschiedet wurden ein Programm, ein Statut und ein Vorstand gewählt. Ein Wermutstropfen: die Kommunistische Partei Böhmen und Mährens (Tschechische Republik), die an den Vorbereitungen teilgenommen hat, ist nicht bei den Gründungsmitgliedern. Wir dokumentieren aus dem Statut.

Statut der Partei der Europäischen Linken (EL)

Wir vereinigen demokratische Parteien der alternativen und fortschrittlichen Linken auf dem europäischen Kontinent, die sich – eingedenk ihrer unterschiedlichen Situation und Geschichte sowie ihrer gemeinsamen Werte – für die konsequente Umgestaltung der heutigen sozialen Verhältnisse hin zu einer friedlichen und sozial gerechten Gesellschaft einsetzen.

Wir fühlen uns den Werten und Traditionen der sozialistischen, kommunistischen und Arbeiterbewegung, der feministischen Bewegung und der Gleichstellung der Geschlechter, der Umweltbewegung und einer nachhaltigen Entwicklung, des Friedens und der internationalen Solidarität, der Menschenrechte, des Humanismus und des Antifaschismus, des progressiven und liberalen Denkens im nationalen und internationalen Rahmen verpflichtet. Wir arbeiten zusammen in der Tradition der Kämpfe gegen kapitalistische Ausbeutung, Umweltzerstörung, politische Unterdrückung und verbrecherische Kriege, gegen Faschismus und Diktatur, in der Tradition des Widerstandes gegen patriarchale Herrschaft und gegen jede Diskriminierung derer, die anders sind. Wir verteidigen die Legitimität unserer Bewegung, die Millionen von Menschen inspiriert und ihnen soziale Sicherheit gebracht hat. Wir halten die Erinnerung an diese Kämpfe, an die Opfer und Leiden wach. Wir tun dies in rückhaltloser Auseinandersetzung mit undemokratischen, stalinistischen Praktiken und Verbrechen, die im absoluten Widerspruch zu sozialistischen und kommunistischen Idealen stehen.

Die Entwicklungen in Politik und Wirtschaft der kapitalistischen Gesellschaften zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellen linke Parteien, demokratische Bewegungen und alternative gesellschaftliche Kräfte vor die Notwendigkeit und Möglichkeit, bei der Erarbeitung und Realisierung gesellschaftlicher Alternativen den mit den Globalisierungs- und Internationalisierungsprozessen verbundenen Aspekten nicht nur Rechnung zu tragen. Vielmehr ist gerade Europa als neuer, immer mehr Länder im Westen und Osten, im Norden und Süden des Konti-

nents umfassender Integrationsraum für die linken Kräfte eine Chance und Herausforderung zugleich, Politikfähigkeit zurückzugewinnen. Wir wollen und müssen unsere Bemühungen auf dieser Ebene mit dem sozialen und politischen Engagement der Mitglieder und Sympathisanten unserer Parteiorganisationen in den Kommunen, Regionen und Nationalstaaten verbinden.

Dabei leisten wir Widerstand und entwickeln Alternativen zum Kapitalismus, zu den Versuchen der führenden Finanzgruppen, über sogenannte Politik- und Wirtschaftseliten neoliberale Politik im täglichen Leben der Menschen durchzusetzen.

Dem wollen und müssen wir gerecht werden als politische Kraft, die selbst nicht frei ist von Widersprüchen und unterschiedlichen Auffassungen zu vielen Fragen. Uns eint aber der gemeinsame Widerstand gegen politische Entmündigung, unser gemeinsames Wirken für eine gesellschaftliche Alternative, die Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität zum Ziel hat.

1. Allgemeine Bestimmungen, Zusammensetzung und Mitgliedschaft

Artikel 1: Die Partei der Europäischen Linken, im Weiteren als Europäische Linke (EL) bezeichnet, ist eine flexible, dezentrale Assoziation unabhängiger und souveräner europäischer Linksparteien und politischer Organisationen, die nach dem Konsensprinzip arbeitet.

Artikel 2: Gründungsmitglieder der Europäischen Linken sind sozialistische, kommunistische, rot-grüne und andere demokratische Linksparteien in den Mitglied- und assoziierten Staaten der Europäischen Union (EU), die entsprechend den Vereinbarungen, Grundüberzeugungen und Zielen, die im politischen Programm festgehalten sind, zusammenarbeiten und auf allen politischen Handlungsebenen in Europa vielfältige Kooperationsformen entwickeln. (...)

Artikel 3: (...)

Zu den Gründungsmitgliedern der Europäischen Linken als Mitgliedsparteien/politische Organisationen gehören:

Partei des Demokratischen Sozialismus, Deutschland • Sozialdemokratische Partei der Arbeit, Estland • Kommunistische Partei Frankreichs (vorbehaltlich eines Mitgliedervotums) • Koalition der Linken, des Fortschritts und der Bewegungen – Synaspismos, Griechenland • Partei der Kommunistischen Neugründung, Italien • Kommunistische Partei Österreichs • Sozialistische Allianzpartei, Rumänien • Kommunistische Neugründung San Marinos • Partei der Arbeit der Schweiz • Kommunistische Partei der Slowakei • Kommunistische Partei Spaniens • Vereinte Alternative Linke Kataloniens, Spanien • Vereinte Linke, Spanien • Partei des Demokratischen Sozialismus, Tschechische Republik • Arbeiterpartei, Ungarn.

Zusammenstellung: alk

Vieles im Argen

Die Konferenz der Jugendminister sah auf ihrer Tagung am 13./14. Mai im „Ausbau der Kindertagesbetreuung ... eine Gestaltungsaufgabe ersten Ranges“. Dabei gelte es, die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit sowie die Bildungsvoraussetzungen für alle Kinder zu verbessern.

Tatsächlich liegt die Kindertagesbetreuung in der BR Deutschland in weiten Teilen im Argen. Das ist sowohl wissenschaftlichen Untersuchungen wie Meinungsumfragen zufolge eine der Hauptursachen dafür, dass die Geburtenrate nach wie vor zurückgeht und deutlich niedriger ist als z.B. in Frankreich.

1992 wurde das Gesetz verabschiedet, mit dem für alle Kinder ab drei Jahren ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz eingeführt wurde – er gilt uneingeschränkt seit dem 1.1.99. Die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland sind aber heute immer noch erheblich. Zwar sind in den alten Bundesländern insbesondere seit 1996 die Kapazitäten im Kindergartenbereich (3-6½ Jahre) stark ausgebaut worden. Aber im Bereich der Kinderkrippen ist die Lage nach wie vor katastrophal. Krippenplätze existieren in Westdeutschland für gerade einmal 3% der Kinder bis zu drei Jahren; in NRW (2%) und Bayern (2,1%) ist das Angebot noch unzureichender, in Baden-Württemberg und Niedersachsen mit je 2,3% kaum besser. Im Stadtstaat Hamburg z.B. beträgt Platz-Kind-Relation in diesem Bereich gerade einmal 13,1%. Wie erbärmlich niedrig das ist, zeigt der Vergleich mit dem deutlich ärmeren Bundesland Sachsen-Anhalt: Hier halten die Kommunen für 56,6% der unter Dreijährigen Krippenplätze bereit. Selbst im ländlichen Mecklenburg-Vorpommern ist das Angebot mit 37,6% fast dreimal so hoch wie in der Metropole.

Aber auch im Kindergartenbereich wird die Situation den Bedürfnissen von Eltern und Kindern keineswegs gerecht. Zwar steht im ganzen Bundesgebiet inzwischen rein rechnerisch für 90% der Drei- bis Sechseinhalbjährigen ein Kindergartenplatz zur Verfügung. Aber nur in den neuen Bundesländern sind Ganztagsplätze die Regel (98%). In Westdeutschland bieten dagegen nur 24% der Kindergartenplätze eine Ganztagsbetreuung. Das beeinträchtigt nicht nur die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kindererziehung. In Hamburg z.B. hatte der Rechtssenat durch ein Kita-Gutschein-System versucht, die knappen Ganztagsplätze für die Kinder Berufstätiger zu reservieren. Folge: Binnen kurzer Zeit wurden die Kapazitäten aller Kitas in sozialen Brennpunkten um 8,5% reduziert; zudem sank der Umfang der

Stunden, in denen die Kinder betreut wurden, um 12%. Besonders betroffen waren Kinder mit Migrationshintergrund, von denen viele ihren Ganztags-Kita-Platz verloren. Dabei sind gerade sie auf die Förderung angewiesen, die gute und ausreichende Kita-Betreuung leisten kann. Nirgendwo können sie, entsprechende Angebote zum Sprachenlernen vorausgesetzt, so spielend Deutsch als zweite Sprache lernen wie hier.

Die erheblichen Probleme, mit denen die Kindertagesbetreuung in Deutschland belastet ist, zeigen sich auch in der Situation der Beschäftigten in den Einrichtungen. Die Teilzeitarbeit nimmt rasant zu. Ende 2002 sind nur noch 44% der Beschäftigten Vollzeit tätig, in Ostdeutschland sogar nur eine von fünf. Der Anteil der befristet Beschäftigten liegt inzwischen bei 14%. Während sich in der Fachdiskussion allmählich ein Konsens herausbildet, dass zur optimalen Förderung der Kinder die Qualität der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher verbessert werden muss – und ihre Bezahlung –, sieht die Realität ganz anders aus. So gilt die Fachschulausbildung inzwischen als unzureichend – doch haben derzeit nicht einmal zwei Drittel der Beschäftigten eine Ausbildung zur Erzieherin; 13% sind Kinderpflegerinnen, 6% verfügen über keine abgeschlossene Berufsbildung. Außerdem zeichnet sich in der Praxis ab, dass der Ausbau der Kindertagesbetreuung schnell zu Lasten der Beschäftigten geht. In Hamburg z.B. hat sich der Senat nach der Neuwahl mit der Volksinitiative für ein neues Kita-Gesetz und der parlamentarischen Opposition darauf verständigt, dass es bis zum 1.8.06 für alle Kinder berufstätiger Eltern von 0 bis 14 Jahre eine Betreuungsgarantie geben soll – die zusätzlichen Kosten in Höhe von ca. 70 Mio. werden wohl überwiegend durch Erhöhung der Elternbeiträge und v.a. durch Vergrößerung der Gruppen und Senkung der Personalstandards aufgebracht. Dagegen allerdings haben Beschäftigte der Kitas bereits eine erste Demonstration durchgeführt.

Bisher bringen die Kommunen jährlich rund 10,5 Mrd. für die Betriebskosten ihrer Kindergärten auf. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert, dass sich der Bund, der Ziele für den Ausbau der Betreuungsangebote aufgestellt hat, und die Länder zusätzlichen jährlichen Betriebskosten in Höhe von ca. 2,5 Mrd. dauerhaft beteiligen. *ssc*

Quellen: Kindertagesbetreuung in West- und Ostdeutschland, Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 16.3.2004. Soweit nicht anders vermerkt, sind alle Daten dieser Pressemitteilung bzw. dem Statement des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes auf der Pressekonferenz vom 16. März entnommen; sie kennzeichnen den Stand von Ende 2002. Deutscher Städte- und Gemeindebund, Ausbau der Kindertagesbetreuung muss als gesamtstaatliche Aufgabe begriffen werden! 30.4.2004. Ergebnisse der Jugendministerkonferenz vom 13. und 14. Mai in Gütersloh, Pressemitteilung und Beschluss zu: Entwurf des Gesetzes zum qualitätsorientierten bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung ...

Privatisierung stoppen – Kommunen stärken

„Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass die PDS von unten wächst!“ Diese Aussage stand am Ende der Ausführungen von Lothar Bisky bei der Bundeskommunalkonferenz der PDS am 15.–16. Mai 2004. Nach zwei arbeitsreichen Tagen sprach der Parteivorsitzende der PDS das aus, was viele der gut 150 Kommunalpolitiker dachten, die nach Sömmerda bei Erfurt gekommen waren: In Richtung sozial und solidarisch lässt sich die Gesellschaft nur von unten ändern, und hier hat die Kommunalpolitik große Bedeutung.

Die Konferenz war am Samstag mit einer Podiumsdiskussion eröffnet worden. Dabei wurde deutlich, dass es in Ost und West sehr unterschiedliche Ausgangsbedingungen gibt, aber auch politische Gemeinsamkeiten. Jörg Detjen, Stadtrat aus Köln, sprach sich gegen die Privatisierung kommunaler Betriebe und für eine Rekommunalisierung der zentralen Bereiche der Daseinsvorsorge aus, weil u.a. der Kölner Müllskandal gezeigt hat, dass Privatisierung Korruption fördert. Dieter Hausold, Landesvorsitzender der PDS Thüringen, unterstützte diese Position vehement am Beispiel der Auseinandersetzungen um die Privatisierung von Krankenhäusern in Thüringen. Dagmar Enkelmann, im Parteivorstand verantwortlich für Kommunalpolitik, sprach sich für einen Ausbau kommunaler Unternehmen als Baustein einer regionalen, öffentlichen Beschäftigungspolitik aus.

Im Anschluss an die Podiumsdiskussion fanden sieben Arbeitsgruppen statt. Themen waren das GATS-Abkommen und seine Auswirkungen auf die Kommunen, die Folgen von Hartz IV, Kultur als „Lebensmittel“ und die finanzielle Situation der Kommunen. In der Arbeitsgruppe zum „Bürgerhaushalt“ gab es gute Nachrichten aus Berlin: Christine Emmerich, PDS-Mitglied und Bezirksbürgermeisterin, stellte zusammen mit ihren Mitstreitern ein recht konkret entwickeltes Konzept für die Umsetzung von Elementen des in Porto Allegre in Brasilien als kommunale Gegenbewegung entwickelten Beteiligungshaushaltes in der Bundesrepublik vor. Im Herbst soll es mit Hilfe der PDS-Mehrheit in Berlin-Lichtenberg losgehen.

Die unten auszugsweise wiedergegebene Sömmerdaer Erklärung spricht sich für eine Stärkung der Kommunen aus. Lothar Bisky trat für eine Änderung des Grundgesetzes in dieser Richtung ein und will die Diskussion darum in Hinblick auf den geplanten Kommunalpolitischen Bundesparteitag der PDS fortführen.

In punkto Privatisierung ist die Erklärung trotz Überarbeitung jedoch unklar

bis unzureichend. Was heißt denn: Wir lehnen eine „konzeptionslose Privatisierung“ ab? Ist mit Konzept alles o.k.? Angeblich ging selbst diese Aussage manchen zu weit, so dass der Punkt Verabschiedung der Sömmerdaer Erklärung am Sonntag klammheimlich von der Tagesordnung verschwand. Es wäre sicherlich besser gewesen, vorhandenen unterschiedlichen Auffassungen Raum zur Diskussion zu geben, statt nur Unterschriften unter die Erklärung zu sammeln.

In der Migrationsfrage, die ursprünglich in der Erklärung gar nicht vorkam, wurden zwar deutlichere Aussagen in die Erklärung aufgenommen. Schade ist aber, dass der in der Plenumsdiskussion am Samstag vorgeschlagene Bezug auf die von der Bundesregierung bisher nicht unterzeichnete UN-Konvention für Wanderarbeiter fehlt. Denn aus dieser Konvention ergeben sich kommunale Aufgaben, die in den Großstädten mit hohem Migrantenanteil wichtig sind.

Wolfgang Freye



Anfangsplenum der Bundeskommunalkonferenz am Samstag, den 15. Mai.

Für starke Kommunen in einem sozialen, demokratischen und friedlichen Europa

Sömmerdaer Erklärung der Bundeskommunalkonferenz der PDS vom 14. bis 16. Mai 2004 (Auszug)

Das Leben in den Kommunen als Lebens- und Arbeitsort wird mit den rot-grünen Sozial- und Arbeitsmarktreformen immer unsozialer. Hartz IV bedeutet einen Angriff auf elementare soziale und demokratische Rechte der Betroffenen und eine unzumutbare Belastung für die Kommunen ... Die kommunale Selbstverwaltung wird zunehmend ausgehöhlt. Die rot-grüne Gemeindefinanzreform ist gescheitert ... Obwohl Kommunen für das Leben in der Bundesrepublik sowie im vereinigten Europa immer wichtiger sind, werden ihre Entwicklungspotentiale schrittweise eingeengt.

Unsere Alternativen:

1. Kommune der Zukunft – Bürgerkommune

Gesellschaftliche Veränderungen vollziehen sich vorrangig von unten, also auf kommunaler Ebene. Die PDS arbeitet dafür, dass die Einwohnerinnen und Einwohner mehr Möglichkeiten zur selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Regelung ihrer Angelegenheiten erhalten ... Wir wollen kommunale Haushalte gemeinsam mit den Einwohnerinnen und Einwohnern aufstellen, vollziehen und abrechnen ... Die Kommune muss der Ort sein, an dem verantwortungsvolle Integration von Migrantinnen und Migranten durch die Entwicklung von Respekt vor unter-

schiedlichen Kulturen stattfindet sowie Rassismus und Rechtsextremismus energisch bekämpft werden.

2. Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung – Gesellschaft von unten organisieren

Die PDS tritt für eine Demokratisierung der Kommunalpolitik ... ein, und zwar für alle Menschen, die in den Kommunen leben. Dies schließt ein uneingeschränktes kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger/innen mit ein ... Wir brauchen eine grundlegende Neuordnung der Verhältnisse zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, wobei die Stellung der Kommunen im föderalen System und in Europa zu stärken ist. Wir fordern eine direkte Beteiligung der Kommunen an der Föderalismusdiskussion des Lübecker Konvents. In den Ländern brauchen die Kommunen direkte Beteiligungsmöglichkeiten auf Landesebene.

3. Sicherung und Erweiterung der finanziellen Grundlagen für kommunale Selbstverwaltung

Die Zukunft der Kommunen wird entscheidend davon abhängen, ob es gelingt, deren finanzielle Handlungsfähigkeit zu erhalten, wieder herzustellen und auszubauen. Das Konnexitätsprinzip („Wer bestellt, bezahlt“) und kommunale Mitwirkungsrechte sind in allen Landesverfassungen festzuschreiben ... Wir fordern die Entwicklung der Gewerbesteuer zu einer Wertschöpfungssteuer unter Einbeziehung gewinnunabhängiger Betriebskriterien bei der Steuerbemessung. Der Kreis der Steuerpflichtigen ist zu erweitern. Die Gewerbesteuerumlage sowie die gewerbesteuerliche Organschaft und die Steu-

ersenkungsausnahmetatbestände sind perspektivisch abzuschaffen. Wir fordern vom Bund ein kommunales Investitionsprogramm ...

4. Kommunale Daseinsvorsorge gestalten und entwickeln

... Der Bestand der kommunalen Daseinsvorsorge muss sich aus unserer Sicht am Leitbild einer demokratischen, transparenten sowie ökologisch, wirtschaftlich und sozial nachhaltigen Entwicklung orientieren ... Eine Vielzahl von Akteurinnen und Akteuren können Träger der Daseinsvorsorge sein. Die Übertragung von öffentlichen Aufgaben an Dritte muss auf Grundlage von Qualitäts- und Kostenkriterien, die sowohl die Projekt- als auch die Transferkosten berücksichtigen, sowie unter Sicherung demokratischer Kontrolle erfolgen. Wir erteilen einer weiteren konzeptionslosen Privatisierung öffentlicher Aufgaben eine deutliche Absage und fordern dort die Rekommunalisierung bereits privatisierter Aufgaben, wo dies zu einer Stabilisierung der Daseinsvorsorge führt.

5. Kommunen in Europa – Kooperation statt Konkurrenz

... Wir wollen die Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten der Kommunen in der EU verbindlicher und umfassender geregelt wissen. Das könnte z.B. durch eine Stärkung der kommunalen Beteiligung am Ausschuss der Regionen ... erreicht werden. Grenzüberschreitende Kooperationen zwischen Kommunen anstelle von ruinöser Standortkonkurrenz – dafür setzen wir uns ein und das praktizieren wir vor Ort ...

Am 13. Juni sozial wählen – für die Kommunen und für Europa

PDS-Parteiführung in Berlin feiert Regierungsbeteiligung

Zweieinhalb Jahre dauert nunmehr das Regierungsbündnis zwischen SPD und PDS in Berlin an. Der wirtschaftliche Niedergang der Hauptstadt hat sich in dieser Zeit fortgesetzt, sogar beschleunigt. Doch die Stimmung auf dem PDS-Bilanzparteitag am 16. Mai war dadurch nicht getrübt. Landesvorstand und Senatoren hatten beschlossen, eine Feier zu inszenieren. Die PDS-Senatorin und die beiden Senatoren sollten gut dargestellt werden, mit erfolgreichen Projekten glänzen und überhaupt Selbstbewusstsein demonstrieren. Ein Parteitag eben, der wohl mehr für die Medien als für die Delegierten gedacht war. Insbesondere der Wirtschaftsminister sollte herausgestellt werden. Doch die Presse schien eher gelangweilt: „Nüchtern, sachlich, langweilig“, titelte die *Berliner Zeitung* und meinte die Rede des PDS-Wirtschaftssenators. Der *Tagesspiegel* gab folgende Einschätzung über die PDS ab: „Nur keine hohlen Debatten mehr – Hauptsache, wir regieren. Dieser Kurs der freundlichen Beliebigkeit scheint so lange erfolgreich zu sein, solange die Partei für Koalitionspartner als Mehrheitsbeschaffer attraktiv ist und still hält. Ziehväter Gysi dürfte Freude an seinen Sprösslingen haben.“

Das Instrument Parteitag im Sinne von Demokratie, kritischem Dialog und Auseinandersetzung in der Sache scheint auch für die PDS verloren. Eine Auseinandersetzung mit den realen Verhältnissen in der Stadt Berlin jedenfalls fand nicht statt.

Dabei verlangen die Verhältnisse in der Stadt eigentlich dringend der Erörterung. Lediglich Senatorin Knaake-Werner nannte die elenden sozialen Verhältnisse in der Stadt beim Namen und kritisierte die Bundesregierung. Wirtschaftsminister Wolf unterließ es, die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt zum Thema zu machen. Was will er damit erreichen? Das Thema aussitzen?

Laut Bundesagentur für Arbeit hatten im Juni 2003 im gesamten verarbeitenden Gewerbe Berlins nur noch 127.589 Menschen einen sozialversicherungspflichtigen Job. 1999 waren im verarbeitenden Gewerbe noch 145.857 Menschen beschäftigt gewesen. Das ist innerhalb von vier Jahren nochmals ein Rückgang um mehr als 18.000 Arbeitsplätze oder um 12,5 Prozent.

Von 15,8 Prozent im Jahr 2000 stieg die Arbeitslosigkeit auf ein Rekordniveau von nunmehr 18,1 Prozent im Durchschnitt des Jahres 2003. Im Januar 2004 waren in Berlin rund 303.300 Menschen arbeitslos gemeldet. Zusammen mit der verdeckten Arbeitslosigkeit errechnet sich aus dieser Gesamtarbeitslosigkeit

nach dem Urteil namhafter Wirtschaftsforschungsinstitute ein Fehlbestand von mehr als 400.000 Arbeitsplätzen in der Stadt.

Die wirtschaftliche Entwicklung Berlins verlief damit deutlich schlechter als im Bundesdurchschnitt. Das Bruttoinlandsprodukt Berlins lag 2003 in Preisen von 1995 sogar etwa 3,1 Prozent niedriger als 1999. Die wirtschaftliche Leistungskraft Berlins stagniert. Mehr noch, sie sinkt.

Die Beschäftigung geht weiter zurück, die Arbeitslosenquote Berlins, ohnehin seit Jahren höher als im Bundesgebiet, liegt inzwischen 7,6 Prozent höher als im Bundesdurchschnitt. 1994, also vor genau zehn Jahren, lag die Berliner Arbeitslosenquote „nur“ 2,5 Prozent höher als im bundesweiten Durchschnitt.

Diese seit Jahren anhaltende negative Entwicklung bisher weder gestoppt noch umgekehrt zu haben, gehört auch zur Bilanz der rot-roten Regierungskoalition. Die mit dem Leitbild von Berlin als „Stadt des Wissens“ verbundenen Hoffnungen auf ein wissensbasiertes wirtschaftliches Wachstum – vor allem durch ein Wachstum in Hochtechnologiebereichen und im Bereich hochqualifizierter, unternehmensnaher Dienstleistungen – haben sich bisher nicht erfüllt.

Der Industriebesatz der Stadt Berlin liegt inzwischen weit unter dem vergleichbarer anderer Städte und selbst unter dem der ostdeutschen Flächenländer.

Zugleich ist die Wertschöpfung in Berlin trotz des bereits erfolgten rigorosen Strukturwandels und des damit verbundenen massiven Abbaus von Arbeitsplätzen weiter unterdurchschnittlich. Laut Investitionsbank Berlin lag die Wertschöpfung im Jahr 2001 pro Erwerbstätigen bei 46.000 Euro und damit 6 Prozent unter Bundesdurchschnitt, noch erheblicher unter der durchschnittlichen Wertschöpfung pro Erwerbstätigen in Stadtstaaten wie Hamburg (64.000 Euro) und Bremen (53.000 Euro.)

Dass die wirtschaftliche Schwäche Berlins auch massive Folgen für das Steueraufkommen hat, liegt auf der Hand. Das Statistische Jahrbuch 2003 für Berlin nennt in einem Vergleich mehrerer Städte folgende Zahlen für die Gemeindesteuereinnahmen in 2002:

Berlin	651	je Einwohner
Köln	1.057	je Einwohner
München	1.336	je Einwohner
Hamburg	1.373	je Einwohner
Frankfurt/M	1.673	je Einwohner

Quelle: Statistisches Jahrbuch Berlin 2003, S. 542

Fazit: Die wirtschaftliche Entwicklung Berlins einfach dem gegenwärtigen Senat anzulasten, wäre bestimmt verfehlt. Dennoch hätten es die vielen Opfer und Leidtragenden dieser Entwicklung verdient, die PDS würde sich ernsthaft mit der Lage auseinandersetzen und wenigstens versuchen, den negativen Trend zu begrenzen und Hunderttausenden in der Stadt wieder eine Perspektive eröffnen.

brr

Berichterstattung zu dem Perspektivenkongress in Berlin

„Es geht auch anders“

Ca. 2000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben an dem „Perspektivenkongress“ in Berlin am 14. bis 16. Mai 2004 teilgenommen. In der Begrüßung zum Perspektivenkongress bezog sich Annelie Buntenbach auf die Demonstration am 3. April und sagte: „Mit dem heutigen Kongress wollen wir diese Schubkraft für eine soziale Veränderung aufnehmen.“

Mit scharfen Angriffen gegen die „Agenda 2010“ der Bundesregierung und die „inszenierten Reformspektakel“ der Politik eröffnete der katholische Sozialethiker Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach sein Einleitungsreferat zum Perspektivenkongress am 14. Mai in Berlin. „Für mich“, so Hengsbach wörtlich, „ist die Agenda 2010 ein Gewaltsymbol deformierter Solidarität“. Sie sei geprägt von einem „imperialen Gestus“, ungerecht und werde erfolglos sein.

Heute werde nicht nur eine neue Partei gebraucht, sondern eine neue politische Kultur. Das war die Kernaussage im Referat von Luciana Castellina von der Zeitung Il Manifesto, Italien. „Die heutige Bewegung kann das schaffen.“

Die Podiumsdiskussion unter dem Thema „Markt und Standortkonkurrenz: Die Zustimmung bröckelt“ wurde von Jürgen Peters (IG Metall), einem Vertreter von Attac, einer Vertreterin Reformierter Bund und einem Vertreter vom DIW Berlin bestritten.

Die Vielfalt der Inhalte wurde in Vorträgen, Workshops und Podien diskutiert. Die Themenblöcke: Freie Informationsgesellschaft statt Monopolisierung von Infrastruktur und Wissen • Wege zu mehr Beschäftigung • Wie viel Markt verträgt die Demokratie? • Zukunft wird verschenkt: soziale Ungleichheit durch Bildung • Verlust des Sozialen • Finanzmärkte/ Finanzpolitik • Der Sozialstaat ist finanzierbar • Innovationen – wohin? • Migration • Ökologischer Umbau und soziale Gerechtigkeit • „Hauptsache Arbeit“? • Öffentliche Güter unter Druck • Krieg und Frieden • Kunst und Medien. Thesen und Diskussionen sind auf der Web-Seite des Kongresses nachzulesen.

Die Vielfalt des Kongresses wurde auch durch die Referentinnen und Referenten aus Gruppen, Organisationen, Gewerkschaften sichtbar: Chaos Computerclub, ver.di-e-government, BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie, Euro-Meo-Gruppe, SERI Institut Wien, OECD, GPA, Mehr Demokratie Hamburg e.V., Vorsitzende der GEW, ver.di Bundesvorstand (Birske, Mönig-Raane, Frank Wernecke), Sozialdienst Katholischer Frauen, ABS, IG Metall (Leiter Gesellschaftspolitik), DGB (Engelen-Käfer, Heinz Putzhammer), Deutscher Frauenrat, Koordinierungsstelle im Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen, attac, Berliner Investitionsbank, Reformierter

Bund, IZT Berlin, IAT Gelsenkirchen, Kanak Attak, SERI-Institut Wien, HAW Hamburg, BBU, ILO, IGBAU, FHW Berlin, Kommunale Gleichstellungsstelle, CEEP, Schweizer Gewerkschaft des Personals im Öffentlichen Dienst, IMI, Bundesausschuss Friedensratschlag, Dtsch. Kulturrat, Daniela Dahn, Schriftstellerin und Mitglieder der Universitäten TU Berlin, Bielefeld, Wuppertal, Köln, FU Berlin, Göttingen, Kassel.

Frank Bsirske (ver.di), Hugo Braun (Initiative für ein Deutsches Sozialforum); Neble Hirsch (fsz), Kerstin Sack (attac), Mechthild Jansen (Publizistin) bestritten die Podiumsdiskussion unter dem Titel „Alternativen, für die es sich zu streiten lohnt“. Das Podium beschäftigte sich mit einer anderen Perspektive für ein modernes Deutschland, einem alternativen Vollbeschäftigungskonzept. Das Bildungsthema soll nicht den Wahlkampfrenden der Parteien überlassen werden. Der Kongress soll mit Vorstellungen enden,

zumutbar erklären oder sie in die Armut treiben. Gefordert wurden stattdessen existenzsichernde Löhne, auskömmliche Renten und eine Grundsicherung für alle.

Beim Kongress wurde zudem deutlich, dass viele politische Fragen im Zeitalter der Globalisierung nicht auf nationaler Ebene zu lösen sind, sondern dass soziale Rechte auf internationaler Ebene durchgesetzt und ausgeweitet werden müssen. Dazu müsse die EU dringend ihre neoliberale Orientierung aufgeben und demokratischer werden.

Um einen Richtungswechsel in der Politik zu erreichen, wollen die Träger des Kongresses, darunter neben Gewerkschaften Organisationen aus Wissenschaft, Kirche, Sozialverbänden und viele weitere politische Initiativen und soziale Bewegungen, ihre Zusammenarbeit ausbauen. Neben lokalen Bündnissen wurden beim Kongress Aktionen zu den Themen Steuergerechtigkeit und Ar-

Fundamentalistische Kriegsführung der USA

Folter mit System

2 600 Bilder sollen jüngsten Berichten zufolge dem Pentagon vorliegen, Bilder, die die Quälerei, Demütigung und Misshandlungen irakischer Gefangener in US-Militärgewahrsam dokumentieren.¹ Die US-Administration ist eifrig bemüht, die Verantwortung dafür Einzelnen zuzuschreiben. Aber immer deutlicher wird das ungeheure Ausmaß von Folter und Gewalt und die Systematik, mit der die Besatzungsmacht gegenüber Zivilisten und Gefangenen vorgeht.

Ein vertraulicher 24-seitiger Bericht des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK), den das Wall Street Journal am 11. Mai veröffentlichte, listet schwere Verletzungen des humanitären Völkerrechts, insbesondere der Genfer Konvention, vor und während Verhören auf.² Der Bericht basiert auf Aussagen von Gefangenen in 14 Haftanstalten, die das IKRK zwischen März und November 2003 besuchte. Gefangene werden geprügelt und mit Füßen getreten, sie müssen mit einer Kapuze über dem Kopf und in schmerzhaften Positionen elend lange bewegungslos dastehen oder stundenlang bei 50 Grad Celsius in der Sonne stehen, werden über Tage am Schlafen gehindert, sind tagelang nackt in engen, stockdunklen Zellen eingesperrt, werden sexuell gedemütigt und missbraucht oder von Hunden bedroht und angegriffen. Außerdem kritisierte das IKRK den exzessiven Gebrauch von Schusswaffen in Haftanstalten. Bereits im Juni 2003 schossen in Abu Ghraib Wachposten vom Turm aus in eine Gruppe unbewaffneter Gefangener, die gegen die Haftbedingungen demonstrierten, töteten einen Mann und verletzten sieben. Im November erschossen sie bei einem weiteren Protest ebenfalls in Abu Ghraib vier Gefangene, obwohl die Getöteten unbewaffnet waren und von ihnen keine Bedrohung ausging. Zu systematischer Folter kommt es dem Bericht zufolge außer in Abu Ghraib vor allem im (inzwischen aufgelösten) Gefangenenlager auf dem Gelände des internationalen Flughafens von Bagdad: Dort wurden seit Juni 2003 über 100 Gefangene monatelang in kleinen Betonzellen ohne Tageslicht in absoluter Isolation gehalten. In seinem Bericht stellte das IKRK auch fest, dass bereits die Verhaftungsaktionen außerordentlich brutal und willkürlich durchgeführt wurden. Häuser und Wohnungen werden grundlos verwüstet und oft sämtliche männliche Mitglieder einer Familie, auch Alte und Invalide, abgeführt. Selbst Vertreter der Besatzungsmächte äußerten dem IKRK gegenüber, dass zwischen 70 und



wie sich das soziale und kritische Spektrum enger vernetzt, wie die gesellschaftliche Diskussion über die vorherrschende Deutungen fortgeführt und wie die Zusammenarbeit intensiviert werden kann.

In der Gemeinsamen Presseerklärung der Veranstalter wird ausgeführt:

„... Statt die sozialen Sicherungssysteme abzubauen und zu privatisieren, sollten sie zu einer umfassenden Bürgerversicherung für alle Menschen und Einkunftsarten ausgeweitet werden.“ Auf große Zustimmung stieß auch das Konzept einer „Solidarischen Einfachsteuer“ von ver.di und Attac, das kleine und mittlere Einkommen entlastet, während Steuerflucht bekämpft wird. Den aktuellen Bestrebungen, die Arbeitszeiten zu verlängern, setzte der Kongress die Forderung nach Umverteilung und Verkürzung der Arbeitszeiten entgegen. Auf breite Ablehnung stießen die Hartz-Gesetze, die für Millionen Menschen auch jeden noch so schlecht bezahlten Job für

beitszeitverkürzung beraten. Auch zeichnet sich ab, dass es im nächsten Jahr erstmals ein Sozialforum in Deutschland geben wird..

Eine persönliche Anmerkung der Schreiberin dieses Artikels: Für mich hat dieser Kongress den Anstoß gebracht, brachliegende Aufgaben wieder anzupacken, angefangene Projekte weiterzuführen und dabei zu versuchen, andere dafür zu gewinnen. Wenn dies viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kongresses auch so mitgenommen haben, kann eine breite Vernetzung all derer, die was tun, erreicht werden, dies Multiplikatoren für andere sein und dann auch praktische Umsetzung stattfinden und daraus eine starke Gegenbewegung auf die Beine gebracht werden.

Ausführungen aus den Podiumsdiskussionen, Referate und Inhalte der Seminare sind unter www.perspektivenkongress.de nachzulesen. Die kursiv gesetzten Textteile der Berichterstattung wurden dieser Quelle entnommen. bee

90 Prozent der Festnahmen ungerechtfertigt seien. Dessen ungeachtet werden die Festgenommenen oft monatelang ohne Angabe von Gründen festgehalten.

Andere Berichte, so von Amnesty International, und Aussagen von Gefolterten bestätigen und ergänzen die Feststellungen des IKRK. Selbst Kinder sind unter den Opfern. So berichtete ein Kameramann von Al Jazeera, der im November verhaftet und 74 Tage inhaftiert wurde, dass Wärter eines Nachts ein zwölfjähriges Mädchen in den Zellenblock brachten, nackt auszogen und heftig schlugen, um ihren dort inhaftierten Bruder zu „Aussagen“ zu erpressen. Amnesty International wirft den britischen Besatzungstruppen u.a. vor, seit dem offiziellen Ende der Hauptkampfhandlungen willkürlich 37 Zivilisten getötet zu haben, u.a. ein achtjähriges Mädchen. Auch im britischen Militärgewahrsam im Irak sind etliche Menschen durch Misshandlungen oder auf bisher ungeklärte Weise zu Tode gekommen.

Von Mordoperationen in Afghanistan zur Folter im Irak

Der Journalist Seymour Hersh, die treibende Kraft bei der Aufdeckung des Folterregimes in US-Militärgefängnissen im Irak, schreibt in der jüngsten Ausgabe des Magazins *New Yorker*: „Die Wurzeln des Gefängnissskandals liegen nicht in den kriminellen Neigungen einiger weniger Armee-Reservisten, sondern in einer Entscheidung von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld im vergangenen Jahr, eine streng geheime Operation, die auf die Jagd auf Al-Quaida ausgerichtet war, auszuweiten auf die Befragung von Gefangenen im Irak.“³

Beginnen hat Hersh zufolge die Entwicklung, die zu Abu Ghraib führte, bereits mit dem Krieg gegen Afghanistan und dem Einsatz von unbemannten, bewaffneten Predator-Drohnen, die ferngesteuert zur gezielten Tötung vermeintlicher oder wirklicher Terroristen eingesetzt wurden. Nachdem ein Jurist im Zentralkommando in einem Fall – es ging um eine Autokolonne, in der auch Mullah Omar mitgefahren sein soll – die Erlaubnis zum Abschuss verweigerte und in anderen Fällen die Abstimmung zu zeitlichen Verzögerungen führte, richtete Rumsfeld per Geheimbefehl eine geheime Einheit mit eigenständiger Zentrale im Pentagon ein (SAP), die ohne Genehmigung durch das Zentralkommando oder andere Stellen „hohe Zielpersonen“ im „Krieg gegen den Terror“ töten oder gefangen nehmen sollte. Die Devise lautete: Schnappt euch die, die ihr braucht, und macht mit ihnen, was ihr wollt.⁴ Für die geheime Einheit wurden Angehörige von Spezialeinheiten angeworben; sie wurde zu „Verhören“ an vielen Orten in der Welt eingesetzt, vor allem auf CIA-Stützpunkten.

Als sich im Irak der Widerstand gegen die Besatzung ausweitete, die Besatzungsmacht aber nur wenig über die

Kräfte des Widerstands wusste, erging die Anweisung, härtere Verhörmethoden gegen Gefangene anzuwenden, um aus ihnen herauszupressen, was herauszupressen ist. Maßgeblich verantwortlich dafür war der seinerzeitige Leiter des Lagers von Guantánamo auf Kuba, General Miller⁵, der im September letzten Jahres in einem Bericht forderte, auch im Irak Bedingungen für eine „erfolgreiche Auswertung der Gefangenen“ im Verhör zu schaffen. Ein ehemaliger Offizier der britischen Armee-Spezialeinheit Special Boat Squadron (SBS) gab gegenüber der britischen Zeitung *Guardian* an, dass US- und britische Soldaten gegenüber irakischen Gefangenen systematisch Techniken anwenden, die als R2I (Resistance to Interrogation, Widerstand gegen Verhöre) bekannt sind und die all das einschließen, was auf den Fotos dokumentiert ist.⁶ Damals, im Herbst letzten Jahres, wurden Hersh zufolge auch SAP-Kommandos in den Irak geschickt, um dort wie zuvor in Afghanistan Gefangene zu machen und sie zum Reden zu bringen, egal mit welchen Mitteln. Die Verhörspezialisten und Folterer arbeiteten in Zivilkleidung und konnten von der Gefängnisverwaltung, die nach dem Bericht von General Taguba ohnehin in einem chaotischen Zustand war, praktisch ohne Kontrolle arbeiten.

Fundamentalistische Feindbekämpfung

Etliche Kritiker des Gewaltregimes in den US-Militärgefängnissen im Irak weisen darauf hin, dass Folter durch US-Militär oder -Geheimdienste nichts Neues ist. „In unserem Land gibt es eine lange Tradition, solche Methoden anzuwenden“, sagte z.B. der bereits zitierte Charles Strozier im Interview mit dem *Tagespiegel*.¹ Er erinnerte u.a. an die berühmte „School of Americans“ in Georgia, in der systematische Folter zum Lehrplan gehörte. Andere ziehen Parallelen zum Gefängnisssystem in den USA selbst, das

durch staatliche Rachsucht (bis hin zur Todesstrafe) geprägt ist und in dem – oft rassistisch motivierte – Gewalt gegenüber Gefangenen an der Tagesordnung ist.⁷ Beides ist richtig – einerseits. Die systematische Folter in Abu Ghraib stützt sich durchaus auf etliche bekannte Elemente (nicht nur) der US-amerikanischen Außen- und Innenpolitik.

Ein ehemaliger Beamter für Spezialvernehmungen im US-Militärgeheimnis zum Beispiel sieht aufgrund der Erfahrungen seiner Ausbildung in der „Politik der beabsichtigten Unklarheit im Umgang mit den Gefangenen“ die Ursache für Abu Ghraib.⁸ „Diese Unklarheit ist ... eine politische Strategie, die der Verbreitung impliziter, informeller Verhaltensregeln dient und dabei die Verantwortung auf die Soldaten der untersten Ränge abschiebt.“ So sei ihm bei der Ausbildung vermittelt worden, dass es in den offiziellen Regeln keine klaren Grenzen gebe und jeder die Grenzen ganz nach seinem Belieben setzen könne. Zwar sei man auf die Genfer Konvention hingewiesen worden, aber was die Genfer Konvention aussagt, habe man in der Ausbildung jedenfalls nicht erfahren. Eine weitere Ursache für die Entfesselung der Gewalt in Abu Ghraib ist die Tatsache, dass, wie schon berichtet, zahlreiche mit der Ausübung staatlicher Gewalt verbundene Funktionen inzwischen an Privatfirmen ausgelagert wurden. U.a. sind private Söldner auch an Verhören von Gefangenen beteiligt. „Um Mitglieder des Saddam-Regimes und mutmaßliche Helfer der Guerilla zum Reden zu bringen, werden immer häufiger private Verhör-Experten eingesetzt. Nach Militärangaben arbeiten im Gefängnis von Abu Ghraib 37 solche ‚Contractors‘, im Gefängnis Guantánamo auf Kuba deren 30. Dabei ist nicht völlig klar, wessen Befehle diese Leute entgegennehmen und ob sie sich tatsächlich, wie die Behörden behaupten, an dieselben Vorschriften halten müssen



Protestaktion in Washington. Bild: Indymedia DC

wie ihre Kollegen aus Militär und Geheimdiensten,“ schreibt die *Neue Zürcher Zeitung*.⁹ Zwei dieser Söldner, von denen unklar ist, welchem Recht sie eigentlich unterstehen und deren Tätigkeit sich auch deshalb weitgehend jeder Kontrolle entzieht, gelten im Folter-Skandal als Schlüsselfiguren. Beide gehen der NZZ zufolge ihrer „Tätigkeit“ im Irak weiterhin nach.

Aber die Ereignisse im Irak sind nicht einfach ein weiteres Element in einer schon älteren „Tradition“ oder eine Häufung bekannter und vielfach kritisierter Tatsachen. Der Hinweis von Hersh auf den Afghanistan-Krieg ist ernst zu nehmen. Die US-Regierung nutzte den schockierenden Angriff islamistischer Fundamentalisten auf das World Trade Center, um rechtliche Bindungen abzustreifen. Sie präparierte einen dämonischen, kaum fassbaren Feind heraus, den zu bekämpfen alle Mittel Recht sind, vom blanken Mordbefehl über die Schaffung rechtloser Zonen für „feindliche Kämpfer“ bis zur Folter. Auch für viele Bürgerinnen und Bürger der USA insbesondere arabischer Herkunft herrscht seitdem Ausnahmezustand. Man erinnere sich der Meinungsumfragen vor einem Jahr, denen zufolge eine Mehrheit der US-Bürger den Irak als verantwortlich für den 11.9. ansahen. Auch heute weisen Berichterstatter immer wieder darauf hin, dass viele US-Besatzungssoldaten die irakische Bevölkerung mit dem Angriff auf das WTC in Verbindung bringen.¹⁰ „9/11“ legitimiert alles. Und auch gegenwärtig ist es nicht entschieden, ob die in langer liberaler Tradition stehende Kritik am Fundamentalismus der US-Regierung und ihrer Kriegführung sich durchsetzt oder ob die Folter in Abu Ghraib als Verfehlung Einzelner, die womöglich sogar letztlich verständlich ist, abgefertigt wird – und das Folterregime im Prinzip fortexistiert. Entscheiden wird sich das vielleicht daran, ob Verteidigungsminister Rumsfeld, der für die Folter direkt verantwortlich ist, sich halten kann oder gehen muss, mindestens er.

Die Enthüllungen von Hersh, die auf Aussagen von CIA-Angehörigen und hohen Militärs beruhen, müssen auch für die bundesdeutsche Regierung zu Konsequenzen führen. Es ist verlogen, wie Fischer oder Schily von den USA bedingungslose Aufklärung zu fordern, aber darüber zu schweigen, dass die Bundeswehr die terroristische Kriegführung in Afghanistan bis auf den heutigen Tag unterstützt. scc

- 1 Tagesspiegel, 15.5. „Unsere Hände sind seit langer Zeit schmutzig“, Interview mit dem US-Terrorexperten, Psychoanalytiker und Historiker Charles Strozzer, New York
- 2 NZZ, 12.5., Verbreitete Misshandlung von Gefangenen
- 3 The New Yorker, The Gray Zone, by Seymour M. Hersh, Online-Ausgabe: www.newyorker.com/fact/content/?040524fa_fact. Eigene Übersetzung.
- 4 „The Rules are, Grab whom you must. Do what

you want.“

- 5 Jener Miller wurde inzwischen neuer Kommandant über die US-Militärgefängnisse im Irak. Siehe dazu: Ausweitung des Misshandlungs-Skandals, NZZ, 6.5.
- 6 The Guardian, 8. Mai, nach: www.friedensrat-schlag.de, Britische Armeeinheiten lehrten Foltermethoden.
- 7 Einer der zur Militärpolizei eingezogenen Reservisten, der auf den bekannt gewordenen Fotos aus Abu Ghraib immer wieder auftaucht, arbeitet z.B. als Gefängniswärter in einem Hochsicherheitsgefängnis.
- 8 Michael Manning, Stillschweigende Regeln, z.B. in: NZZ, 16.5.
- 9 NZZ, 11.5., Heikles „Outsourcing“.
- 10 Siehe z.B. The Guardian, Fußnote 6

Aufruf kurdischer Fraueninstitutionen in Europa

Keine Auslieferung von Nuriye Kesbir an die Türkei!

Während des über 15 Jahre dauernden Kriegszustand mussten kurdische Frauen einen hohen Preis zahlen: Tausende sahen sich auf Wachen, in Gefängnissen und an anderen Orten mit Folter, sexueller Belästigung, Vergewaltigung und psychischer sowie körperlicher Gewalt konfrontiert. Doch trotz all dieser Probleme konnte die kurdische Frau nicht von ihrem Kampf für Frieden, Demokratie und Freiheit abgebracht werden. Je mehr sie sich aktiv an der Politik beteiligte, um so größerem staatlichen Druck wurde sie ausgesetzt. Ein Beispiel hierfür stellt Nuriye Kesbir dar.

Frau Kesbir soll in ein Land ausgeliefert werden, in dessen Gefängnissen Folter und Totschlag praktiziert wird, das Rechtswesen parteiisch und ungerecht geführt wird, Angeklagte kein Recht auf freie Verteidigung haben und Menschenrechte des kurdischen Volkes mit Füßen getreten werden. Weiterhin wurden Zugehörige der jesidischen Religion, zu der auch Nuriye Kesbir zählt, entweder vertrieben oder durch „Morde unbekannter Täter“ getötet.

Bekannte Menschenrechtsorganisationen, wie amnesty international, Human Rights Watch und dem türkischen Menschenrechtsverein IHD haben sowohl bei Gesprächen mit dem türkischen Premierminister Recep Tayyip Erdogan und dem Außenminister Abdullah Gül als auch in ihren Berichten wiederholt unterstrichen, dass Folter immer noch praktiziert wird.

Trotz diesem Umstand erklärte das Kassationsgericht von Den Haag am 9 Mai, dass Nuriye Kesbir ausgeliefert wird, sobald die türkische Regierung garantiert, dass Frau Kesbir gerecht behandelt wird, ihre Sicherheit bewahrt wird und keine Folter angewandt wird.

Nicht zu vergessen ist, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte

in den Fällen von weltbekannten Politikern wie Abdullah Öcalan und Leyla Zana und ihre drei Parteikameraden beschlossen hat, dass die Prozesse erneut geführt werden müssen aufgrund einer ungerechten Prozessführung. Wenn bei diesen Personen die Prozess schon nicht gerecht und Rechtsnormen entsprechend geführt worden sind, wie soll dies dann bei Nuriye Kesbir garantiert werden? Es liegt offen, wie subjektiv das Urteil des niederländischen Gerichts ist. Dies unterstreicht, dass die Situation von Nuriye Kesbir Dringlichkeit und Sensibilität bedarf. Aus diesem Grund sind wir der festen Meinung, dass die Auslieferung Frau Kesbirs sofort gestoppt werden muss.

In diesem Sinne rufen wir als Kurdische Fraueninstitutionen in Europa die Freunde des kurdischen Volkes, Frauenorganisationen in Europa sowie in der Türkei, Menschenrechtsorganisationen und alle demokratischen Kräfte dazu auf, gegen dieses Urteil zu protestieren. *Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V. • Anatolisches Frauenzentrum – Duisburg • Dest-Dan Frauenverein – Berlin • Mesopotamien Freier Frauenverein Hamburg • Roza Frauenverein – Darmstadt • Kurdischer Frauenverein – Frankfurt • Zilan Frauenverein – Rotterdam • Helin Frauenstiftung – Den Haag • Kurdischer Frauenverein – Amsterdam • Amara – Denge Jinan – Arnheim • Helina Kurdan Frauenverein Anwers • Kurdische Frauenunion – Wien • Amara Kurdischer Frauenverein – Linz • Kurdischer Frauenverein – Graz • Kurdischer Frauenintegrationsverein – Göteborg*

Bitte wenden Sie sich an folgende Institutionen:

Ministry of the Interior and Kingdom Relations
Minister Johan Remkes
Schedeldoekshaven 200
2511 EZ The Hague
Niederlande
Oder P.O. Box 20011
2500 EA The Hague
Niederlande
Tel. +31 70 426 63 02
Fax: +31 70 363 91 53
Email: info@minbz.nl

Außenministerium
Minister Bernard Rudolf Bot
Bezuidenhoutseweg 67
Postbus 20061
2500 EB Den Haag
Telefon: +31 70 3486486
Fax: +31 70 3484848
Email: dpz@minbuza.nl

Justizministerium
Minister Piet Hein Donner
Schedeldoekshaven 100
Postbus 20301
2500 EH Den Haag
Telefon: +31 70 3707911
Fax: +31 70 3707900
Email: voorlichting@minjus.nl

Botschaft Niederlande
Klosterstrasse 50
10179 Berlin
Fax: 030- 20 95 64 41

Mit einer der größten Zerstörungsaktionen seit Beginn der 2. Intifada hat die israelische Armee Anfang Mai in Rafah im Gaza-Streifen innerhalb von 10 Tagen 131 Häuser zerstört und 1100 Menschen obdachlos gemacht. Damit haben Angaben israelischer Menschenrechtsorganisationen allein im Gaza-Streifen 17.594 Menschen auf diese Weise ihr Dach über dem Kopf verloren. Nachdem ein Gericht zunächst eine einstweilige Verfügung gegen die Zerstörung weiterer Häuser erlassen hatte, hob das Oberste Gericht Israels die Verfügung am 16. Mai wieder auf. Es erlaubte grundsätzlich die Zerstörung von Häusern in den besetzten Gebieten unter der Bedingung, dass Häuser von Palästinenser nur zerstört werden dürfen, wenn dies „aus Einsatzgründen“ erforderlich sei – eine Bedingung, die der Armee praktisch keine Grenzen setzt. Die Armee plant Hunderte weitere Häuser im Gaza-Streifen zu zerstören, um die 9 km lange Pufferzone an der Grenze zu Ägypten auszuweiten. (Quelle: NZZ, Israelisches Komitee gegen Häuserzerstörung; Bilder: Rabbis for Human Rights)



Protest gegen den Einsatz von Caterpillar-Baumaschinen gegen Palästinenser

Während der Aktionärsversammlung des Baumaschinenkonzerns Caterpillar in Chicago am 14. April wurden die Aktionäre von kritischen Aktionären aufgefordert zu untersuchen, ob der Verkauf von Caterpillar-Baumaschinen an die israelischen Streitkräfte mit den ethischen Grundsätzen einer globalen Firma vereinbar ist. Die Demonstranten kritisierten, dass die schweren Maschinen, für die die Firma weltweit berühmt ist, dazu benutzt werden, Häuser und Wohnungen von Palästinensern niederzuwalzen, wobei immer wieder Menschen unter den Planiererraupen lebendig begraben werden. Einigen der Demonstranten war es als Aktionäre möglich, auf der Versammlung zu sprechen und einen Antrag zu stellen, der den Aufsichtsrat dazu aufforderte, den Gebrauch der Maschinen, die an das israelische Verteidigungsministerium geliefert werden, zu kontrollieren. Der Antrag wurde von 4% der Anwesenden unterstützt, damit haben die Aktivisten das Recht, ihren Antrag nächstes Jahr ihren Antrag noch mal zur Abstimmung vorzulegen. Im Zentrum des Bankenviertels von Chicago protestierten 30 Leute mit einer Planiererraupen aus Pappe mit der Aufschrift „Ca-terror-pillar“. Sie demonstrierten mit Fotos von Rachel Corrie, die im März 2003 in Gaza von einer Caterpillar Planiererraupen überfahren und getötet wurde. Die 23-jährige Amerikanerin war im Gaza aktiv gewesen, um dort den Menschen zu helfen.

Am 24. April fand vor dem Firmensitz von Caterpillar in Peoria/ILL eine Protestdemonstration mit 350 Teilnehmern statt. (Quelle: www.forumaugsburg.de)

Gefangenenernennung

Die österreichische Regierung hat mit Rumänien vereinbart, in Rumänien ein Gefängnis zu bauen, in dem in Österreich verurteilte Rumänen verwahrt werden sollen. Auch in Österreich ist die Zahl der Gefangenen explosionsartig gestiegen – Ergebnis der Herabsetzung der Straf-

mündigkeit von 19 auf 18 Jahre, der Verschärfung der Drogengesetze und der Haftstrafen für einfachen Ladendiebstahl. Die Gefängnisse sind mit 8.300 Gefangenen, darunter rund 300 Rumänen, überfüllt. Der Bau des geplanten Gefängnisses in Rumänien kostet rund 3 Mio. Euro, in Österreich würde er das Zehnfache kosten. Außerdem kostet der Gefangene in Rumänien nur ein Zehntel der rund 100 Euro am Tag, die nach offiziellen Angaben in Österreich aufgewendet werden. Justizminister Böhmendorfer will ähnliche Abkommen mit den Nachbarstaaten Jugoslawiens abschließen und plädiert dafür, dass das österreichische Modell der Gefangenenernennung in der EU Schule macht. (Quelle: FR, 14.5.)

Italien: Zukünftig Straffreiheit für Gewalttätigkeit bei Verhören?

Das Parlament hat in erster Lesung eine von der Lega Nord eingebrachte Gesetzesänderung des Folterparagrafen verabschiedet. 201 Abgeordnete stimmten dafür, 176 dagegen, dass Staatsangestellte zukünftig bei einmaliger Gewaltanwendung oder „leichter“ Folter straffrei bleiben und nur „wiederholte Gewaltanwendung“ verfolgt wird. Nur zwei Abgeordnete der Regierungskoalition stimmten dagegen. Angesichts der nach der ersten Lesung aufflammenden öffentlichen Kritik distanzieren sich allerdings weitere Abgeordnete, so dass Aussicht besteht, dass die Gesetzesänderung in der zweiten und dritten Lesung scheitert. Aktueller Hintergrund des Vorstoßes dürfte sein, dass das brutale Vorgehen der Polizei gegen die G-8-Gegner in Genua und die bekannt gewordenen Misshandlungen in der Kaserne Bolzaneto immer noch nicht aufgearbeitet ist. Immerhin wurden Ermittlungen gegen eine ganze Reihe von Polizisten und anderen Verantwortlichen aufgenommen. Die Staatsanwaltschaft von Genua forderte erst jüngst wieder die Eröffnung eines Strafverfahrens gegen 47 Polizisten, Ärzte und Militärangehörige, die an den Misshandlungen beteiligt gewesen sein sollen. (Quelle: Telepolis)

Staatsrat kippt umstrittene Arbeitslosengeld-Kürzung

Spürbare Erleichterung am 11.5. vor dem Pariser Justizpalast. In einer milliarden-schweren Entscheidung hat der Staatsrat die umstrittene Streichung von Arbeitslosengeldern in Frankreich gekippt. Die seit Jahresanfang gestrichenen Mittel müssen ab dem 1. Juli wieder ausbezahlt werden, entschied der Staatsrat gestern in seiner Funktion als oberstes französisches Verwaltungsgericht. Damit erhalten rund 265.000 Arbeitslose wieder Geld von der Arbeitslosenversicherung Unedic. Rückstände sollen ab Ende Mai beglichen werden, hieß es bei der Unedic. Sozialminister Jean-Louis Borloo betonte, die Betroffenen sollten umgehend wieder Zahlungen erhalten. Ein Pariser Landgericht sprach wie Mitte April ein Gericht in Marseille ebenfalls gestern 23 Arbeitslosen Nachzahlungen zu. Die umstrittene Streichung war Ende 2002 zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften ausgehandelt worden und zu Jahresbeginn 2004 in Kraft getreten. Damit durften die Betroffenen nur noch 23 statt bislang 30 Monate lang Leistungen der Unedic beziehen. Arbeitslosenverbände waren deswegen bis zum Staatsrat gezogen. Dieser entschied nun ähnlich wie die Landgerichte Marseille und Paris, dass die Unterstützung nicht einfach durch Abkommen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften gekappt werden darf und die Betroffenen Anspruch auf Fortzahlung haben. Bei der Unedic fehlten 2003 rund 4,3 Mrd. ; ohne die Kürzung wird ein Defizit von bis zu 7 Mrd. befürchtet. Der Staat stundet eine Schuldforderung an die Versicherung in Höhe von 1,2 Mrd. , damit diese die Leistungen auszahlen kann. Borloo betonte, der Staatsrat habe die Kürzung v.a. aus formalen Gründen gekippt. Nachverhandlungen sollten umgehend beginnen, damit bis Ende Juni eine Neuregelung stehe und es kein juristisches Vakuum gebe. Insgesamt trifft die Änderung nach Berechnungen der Unedic bis Ende 2005 rund 600.000 Menschen. (Quelle: Dernières Nouvelles d'Alsace)

Zusammenstellung: sec

HAMBURG. Mehr als 600 SchülerInnen, LehrerInnen und FreundInnen des Forthkamp-Gymnasiums gingen am Dienstagabend, den 11. Mai 2004, auf die Straße, um gegen die von Bildungssenatorin Alexandra Dinges-Dierig geplante Schließung der beliebten Schule zu protestieren. Dabei zeigten vor allem die Jüngeren ihre Wut; der Verkehr im Stadtteil Langenhorn brach teilweise zusammen. Schon in der Nacht von Sonntag auf Montag hatten die Älteren ihrem Ärger Luft gemacht und kurzerhand das Gymnasium besetzt. Im Rahmen dieser Besetzung wurden zahlreiche Pläne für den „Kampf um das GYLA“ geschmiedet, die Schulmauer um ein Wandbild bereichert, dass an die Besetzung erinnern soll. Das Gymnasium ist eine von insgesamt 12 Hamburger Schulen, die nach dem Willen der Bildungssenatorin in Kürze geschlossen werden sollen, darunter das einzige Gymnasium. Offizieller Grund hierfür ist die geringe Anzahl der für die 5. Klassen angemeldeten SchülerInnen, „nur“ 37 stünden bislang in den Akten. Doch nicht nur die Elternbeiratsvorsitzende Michaela Ollendorf hält diese Argumentation für extrem verkürzt. Einerseits sollen in den nächsten 3 Jahren ca. 1.500 neue Wohneinheiten im Stadtteil entstehen, andererseits lagen die Anmeldungen in den vergangenen Jahren immer bei rund 60. www.infoarchiv-norderstedt.org



26.000 Unterschriften für Volksbegehren gegen Kita-Kürzungen

BERLIN. Am 11. Mai 2004 haben 15 Erwachsene und 10 Kinder die ca. 26.000 Anträge zum Volksbegehren in der Senatsinnenverwaltung übergeben. Die Bürgerinitiative fordert die Rücknahme der Personalkürzungen und der erhöhten Kita-Beiträge. Stattdessen soll die Betreuung im Kindergarten für Familien mit einem Einkommen unter 26.000 Euro gebührenfrei sein. Ebenso fordern die Spandauer Eltern ein kostenloses Kita-Jahr vor der Schule. Jetzt prüft die Innenverwaltung die formale Zulässigkeit. Das Problem: Die Berliner Verfassung schließt Volksbegehren zum Thema Haushalt aus – und man kann es durchaus so sehen, dass die Forderungen der Elterninitiative den Haushalt betreffen. Genau an dieser Klausel ist jüngst das Volksbegehren der „Initiative Bankenskandal“ gescheitert. Diese will ihr Volksbegehren nun per Klage durchsetzen. Dazu ist im Notfall auch die „Elterninitiative Elternprotest“ bereit. „Wir müssen davon ausgehen, dass es abgelehnt wird“, sagte Michael Fleischhauer vom Spandauer Bezirkselternausschuss. „Dann ist klar, dass wir klagen.“ www.beepworld.de/members53/elternprotest/

Aktionsbündnis gegen Aids fordert mehr Geld für die Aids-Bekämpfung

BERLIN. Anlässlich der Preisverleihung der Global Business Coalition on HIV/AIDS für unternehmerische Verdienste in der Aids-Bekämpfung forderte das „Aktionsbündnis gegen Aids“ Taten statt Worte von der deutschen Wirtschaft und Regierung. Verkleidet als überlebensgroße Pharma- und Regierungsvertreter erinnerten Vertreter von Hilfsorganisationen vor dem Daimler-Chrysler-Zentrum an den dringenden Handlungsbedarf. Bono, Sänger der iri-

schen Rockband U2, sowie der deutsche Rockstar Herbert Grönemeyer unterstützen die Forderungen der Aids-Aktivistinnen.

Während Bundeskanzler Gerhard Schröder beim Gala-Dinner über die Fortschritte in der weltweiten Aids-Bekämpfung sprach, forderten Mitglieder des „Aktionsbündnis gegen Aids“ von den Teilnehmern, endlich mehr Verantwortung zu übernehmen. Die Bundesregierung müsste für das kommende Jahr 500 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Auch von der deutschen Wirtschaft ist ein größeres finanzielles Engagement gefordert. Bislang haben deutsche Unternehmen insgesamt nur 15.000 Euro in den globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria eingezahlt. www.aids-kampagne.de

Umweltverbände protestieren bei BAYER gegen Gentechnik im Essen

ESSEN. Auf der Hauptversammlung der BAYER AG am 30. April 2004 protestierten Umweltverbände aus ganz Europa gegen das Gentechnik-Engagement des Konzerns. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), die Coordination gegen BAYER-Gefahren,

Friends of the Earth Europe und die BUNDjugend fordern BAYER auf, den Verkauf von gentechnisch verändertem Saatgut unverzüglich einzustellen. Die Umweltorganisationen, die gemeinsam rund eine halbe Million Mitglieder repräsentieren, haben Aktien von BAYER gekauft und reichten in der Versammlung Gegenanträge ein. Vor den Messehallen in Köln-Deutz begrüßten sie die Aktionäre mit Straßentheater und einem Banner „BAYER: Hände weg von unserer Nahrung“. Trotz intensivem Lobbying hat BAYER in Europa bislang für keine einzige transgene Pflanze eine Zulassung erhalten. Vor wenigen Wochen verzichtete der Konzern in England wegen zu hoher Umweltauflagen auf den Anbau von Gen-Mais. Im Januar wiesen die belgischen Behörden einen Antrag von BAYER für Gen-Raps zurück – wegen „Risiken für die Artenvielfalt“.

BAYER hat zudem als erstes Unternehmen eine Importgenehmigung für genmanipulierten Reis in die EU beantragt. Kritiker werfen BAYER vor, dadurch die Gesundheit europäischer VerbraucherInnen in unverantwortlicher Weise zu gefährden. Zudem würden bei einer Genehmigung umweltfeindliche Anbaumethoden in Entwicklungsländern eingeführt – mit unabsehbaren Folgen für die weltweite Ernährungssicherheit. Der Antrag wird – nachdem 9 von 15 europäischen Regierungen Bedenken angemeldet haben – gegenwärtig von der EU geprüft.

Marieke Kodweiß von der BUNDjugend: „Große Konzerne wollen Gentechnik weltweit durchsetzen. Die US-Regierung klagt bei der Welthandelsorganisation (WTO), um EU-Regelungen zur Gentechnik auszuhebeln. Auch dahinter stecken BAYER und Konsorten. Gegen diese unheimliche Allianz aus Konzernen, Politikern und WTO müssen wir Verbraucher uns wehren!“ Bild: www.arbeiterfotografie.com. www.genofood.de vu



Resolution des 2. Antirassistischen Forums vom 7.–9. Mai in München

MÜNCHEN. Besser kein „Zuwanderungsgesetz“ als so eines. Das zweite Antirassistische Forum, welches vom 7.–9. Mai 2004 mit ca. 150 TeilnehmerInnen in München stattfand, sprach sich gegen den derzeitigen Entwurf zum Zuwanderungsrecht aus, und fordert: Bleiberecht, Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte für alle. Ein breites Spektrum von Flüchtlings- und MigrantInnengruppen, sowie MenschenrechtsaktivistInnen und AntirassistInnen hatte auf dem Forum debattiert, gestritten, Projekte angestoßen und Erfahrungen ausgetauscht. Die Themen waren: Arbeit und Migration, Legalisierung, Lager und Abschiebungen. Zum Zuwanderungsrecht wurde eine Resolution verabschiedet, aus der wir hier zitieren: „Aus unserer Sicht ist mit der Wiederaufnahme der Verhandlungen eine noch weitere Verschärfung der ohnehin repressiven und rassistischen Migrationspolitik zu befürchten. So droht die Streichung selbst der wenigen im Schily-Entwurf vorgesehenen Verbesserungen ... Stattdessen drohen CDU/CSU mit Schilys Einverständnis eine ganze Fülle neuer Repressionsmaßnahmen durchzusetzen, darunter die Inhaftierung und Ausweisung auch durch Folter und Tod bedrohter Flüchtlinge bei bloßem Verdacht „terroristischer“ Betätigung, ein Begriff, der immer weiter ausgedehnt wird und inzwischen zahlreiche Oppositionsgruppen überall auf der Welt umfasst ... Wir meinen: Besser kein „Zuwanderungsgesetz“ als so eines! Wir kämpfen weiter für * Bleiberecht, * Bewegungsfreiheit, * gleiche Rechte für alle Menschen. Als erste Schritte auf diesem Wege fordern wir: * die Legalisierung aller sogenannten „Illegalen“ und die Abschaffung aller Gesetze, die zu „Illegalität“ führen, * das Recht auf freie politische Betätigung ohne alle Einschränkungen wie die Residenzpflicht für AsylbewerberInnen, * die Abschaffung aller Formen von Lagerunterbringung und Abschiebehaft und den Stop aller Abschiebungen.“ <http://carava.net>

Senatsausschuss für Bleiberecht von langjährig geduldeten Flüchtlingen

BERLIN. Der Beauftragte des Senats für Integration und Migration, Günther Piening, begrüßt die Entschließung des Innenausschusses des Abgeordnetenhauses vom 10. Mai 2005, mit der der Berliner Senat aufgefördert wird, „sich auch im Rahmen der Verhandlungen um ein Zuwanderungsgesetz für eine Bleiberechtsregelung einzusetzen, die es ermöglicht, langjährig Geduldeten einen Aufenthaltstitel zu gewähren.“ Piening wertete dies als einen wichtigen Schritt für eine Bleiberechtsinitiative für langjährig geduldete Ausländer in Berlin. Es sei längst an der Zeit, denjenigen, die seit vielen Jahren immer wieder kurzfristige

Duldungen erhalten und deren Kinder bereits in Berlin geboren und aufgewachsen sind, eine Perspektive zu geben. Innensenator Dr. Körting hatte im Innenausschuss den Antrag befürwortet und betont, dieser stütze die Haltung des Senats im Vermittlungsausschuss des Bundesrates bei den Verhandlungen über ein Zuwanderungsgesetz.

Der Antrag in der vom Ausschuss mit den Stimmen SPD, PDS, Grünen und FDP gegen die Stimmen der CDU verabschiedeten Fassung lautet: „Wer lange hier lebt, muss bleiben dürfen! Bleiberechtsinitiative unterstützen. Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen: Der Senat wird aufgefordert, sich auch im Rahmen der Verhandlungen um ein Zuwanderungsgesetz für eine Bleiberechtsregelung einzusetzen, die es ermöglicht, langjährig Geduldeten einen Aufenthaltstitel zu gewähren.“ www.berlin.de

Kongress „Atomenergie und Atomwaffen in einer instabilen Welt“

BERLIN. Die USA bereiten sich für kommende Kriege auf den Einsatz von Atomwaffen vor. Dies ist die einhellige Einschätzung der australischen Kinderärztin Helen Caldicott, dem amerikanischen Arzt und IPPNW-Gründer Professor Bernard Lown, dem malaysischen IPPNW-Präsidenten Ron McCoy, dem kanadischen Ökonomie-Professor Michel Chossudovsky und dem EUROSOLAR-Präsidenten Hermann Scheer. Sie warnten auf dem Kongress „Atomenergie und Atomwaffen in einer instabilen Welt“ der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) vom 7.–9. Mai 2004 in Berlin vor dem geplanten Einsatz von taktischen Atomwaffen, so genannten Mini-Nukes.

Private Industrieinteressen bestimmen auch die Agenda der Atomenergiepolitik. Das IPPNW-Vorstandsmitglied Angelika Claußen wies auf die Zufriedenheit der deutschen Atomwirtschaft mit dem so genannten Atomkonsens hin und hält es für bedauerlich, dass „somit nach Tschernobyl eine weitere Chance ungenutzt blieb, kurzfristig aus der Atomenergie auszusteigen.“

Die russische Wissenschaftlerin Lydia Popova beschrieb das Interesse deutscher Unternehmen an einer nuklearen Schrottentsorgung in Russland. „Die russische Regierung hat bereits Genehmigungen zur Beförderung von radioaktiven Materialien für Ostseehäfen erteilt.“ Das sei ein Beleg für den bevorstehenden „Nuklear-Handel“ zwischen der westlichen Atomindustrie und Russland.

Hermann Scheer wies darauf hin, dass Uran ebenso wie Öl und Erdgas ein auf wenige Jahrzehnte begrenzter Rohstoff sei. Zur Verlängerung des Atomzeitalters zielen die im Untergang begriffene Atomindustrie daher auf besonders gefährliche und unausgereifte Technologien wie Wiederaufarbeitung, Schnelle Brüter und Fusionsreaktoren ab. Die Mensch-

heit müsse sich entscheiden zwischen dieser zentralisierten Option mit wirtschaftlichen Vorteilen für wenige und dem Solarzeitalter, dessen dezentrale Technologien nicht nur ökonomisch und ökologisch allen Menschen nutzen würde, sondern auch das Denken und die Moral revolutionieren würde. Kriege ums Öl wären in einer Solarwirtschaft obsolet, so Scheer.

Für Ron McCoy liegt die „Lösung des Problems der Verbreitung von Atomwaffen nicht in der Fortsetzung diskriminierender Politik oder im einseitigen illegalen Präventiveinsatz, sondern in der Überwindung der Doppelmoral, der Einhaltung von Verträgen und der Respektierung internationalen Rechts“.

Über drei Kongresstage vom 7. bis 9. Mai informierten rund 40 internationale ReferentInnen etwa 800 TeilnehmerInnen in der Urania in Berlin. Diesen wurde klar, dass für die Beendigung der militärischen und zivilen Nutzung der Atomenergie eine andere Herangehensweise als bisher erforderlich ist. Die entscheidenden ökonomischen, politischen und medialen Hintergründe müssen durchschaut werden. www.ippnw.de

Demo gegen die Schließung der Geowissenschaften Uni Leipzig

LEIPZIG. Am 10. Mai besetzten ca. 250 Studierende und zahlreiche Lehrende der Geowissenschaften das Rektorat der Universität Leipzig. Denn dort sehen sie die Verursacher für die bevorstehenden Schließung der Fachbereiche Geologie, Geophysik und Geografie sowie der Kürzung von 18 Stellen und damit der Perspektivlosigkeit der Geowissenschaften. Nach Ansicht der Protestierenden hat das Rektorat einen erheblichen Teil der Schuld an dieser desaströsen Entwicklung. Das Institut, welches an internationalen Forschungsprojekten beteiligt ist und nach eigenen Angaben die meisten Drittmittel der gesamten Universität einwirbt, hatte alternative Konzepte vorgeschlagen, durch die der grundständige Bereich (Bachelor) des Studiums erhalten werden konnte. Dies ist bei den entscheidenden Instanzen auf taube Ohren gestoßen. Zu dieser – über die Köpfe des Fachbereiches gefällten – Entscheidung des Senates, gab es seitens des StudentInnenRates schon hinreichend Kritik. Es ist geplant, die Geowissenschaften in Sachsen am Standort in Freiberg zu konzentrieren, jedoch werden auch dort Stellen gestrichen und damit wird einem zweckmäßigen und gewissenhaften Studium dieses Fachbereiches die Grundlage entzogen. – Nachdem sich die Besetzung auflöste, trafen sich Protestierende und Rektor auf dem Parkplatz im Innenhof des Rektorates. Um Stellungnahme gebeten ergriff Prof. Franz Häuser die Flucht per Auto. Dabei wurde ein Studierender verletzt, als das Auto über dessen Fuß fuhr. www.stura.uni-leipzig.de
Zusammenstellung: baf



Protest gegen Abschiebungen nach Togo in HH – Nach Informationen von anti-rassistischen Gruppen war für Donnerstag (13.5.) eine Massenabschiebung von Flüchtlingen nach Togo geplant. Starten soll die Chartermaschine in die Militärdiktatur in Hamburg.

Am Mittwoch fand eine Kundgebung mit anschließender Demonstration gegen die Abschiebungen in der Hamburger City statt.

Um die 50 Leute wohnten der einstündigen Kundgebung am Hauptbahnhof dauerhaft bei. Viele Passanten kamen vorbei. Anschließend zog eine kurze Demonstration zur Innenbehörde, wo eine Delegation in die Behörde durfte um dort noch einmal Argumente gegen die Abschiebungen nach Togo vorzubringen.

Die Hamburger Abschiebebehörde dementiert bisher einen Charterflug am Donnerstag nach Togo.

Flüchtlingsräte und AIDS-Hilfen fordern Abschiebestopp:

Ausländerbehörde Hamburg fliegt Togolesen in den sicheren Tod

Die drei Flüchtlingsräte und die AIDS-Hilfen in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg protestieren gegen die nächste Woche anstehende Abschiebung (20. KW 2004) eines HIV-positiven Togoers. Herr K. widersetzte sich seiner Ausreise im Januar aus Angst durch die Rückkehr nach Togo aufgrund mangelnder medizinischer Versorgung dem sicheren Tod entgegenzureisen. Seitdem befindet er sich in Abschiebehaft.

„Die Feststellung des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, HIV und AIDS sei ‚wegen des hohen Durchseuchungsgrades in Togo nichts Ungewöhnliches und könne dort behandelt werden‘, ist zynisch und verkennt die medizinische Situation in dem afrikanischen Land“, so Brigitte Litfin vom Vorstand der Niedersächsischen AIDS-Hilfe (NAH). Das Bundesamt gehe davon aus, dass AIDS in Togo existiert und normal sei. Doch die Chance auf eine Behandlung von HIV und AIDS ist in Togo so groß wie ein Sechser im Lotto:

Nur 0,13% der HIV-Infizierten und an AIDS erkrankten Menschen dort haben überhaupt Zugang zu einer fachmedizinischen Therapie. Die Kosten für eine antiretrovirale Medikamententherapie betragen ca. 150,00 Euro monatlich, die privat zu bezahlen sind und für die verelendete Bevölkerung ein Vermögen darstellen.

Selbst wenn sich Einzelne die lebensverlängernden Medikamente leisten könnten, so sind sie nicht immer verfügbar, da es häufig zu Lieferengpässen kommt. Erschwerend wirkt sich aus, dass eine Behandlung durch spezialisierte Ärzte extrem schwierig und nur Wenigen möglich ist.

Die norddeutschen AIDS-Hilfen und Flüchtlingsräte fordern, die Abschiebung aus humanitären Gründen zu stoppen. „Wenn Herr K. nächste Woche nach Togo zurück muss, wird das ein Flug in den sicheren und schnellen Tod“, stellt Brigitte Litfin fest.

Presseerklärung vom 7.5.

Sicherheits(un)recht

Waren Sie schon einmal in Usbekistan?

Mit einer „sicherheitsrechtlichen Befragung“ von Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten aus Staaten mit einem „erhöhten Sicherheitsrisiko“ versucht die Hamburger Ausländerbehörde seit Februar 2004, die terroristische Gefahr zu bannen. Die Gesinnungsschnüffelei sei kein Misstrauen den Betroffenen gegenüber, wird auf einem Merkblatt erläutert, sondern diene der Sicherheit aller in der BRD lebenden Menschen.

Wie erst jetzt bekannt wurde, liegt seit Mitte Februar in der Hamburger Ausländerbehörde ein ausführlicher Fragebogen zur Erfassung des politischen Hintergrunds von Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten aus. Der damalige Hamburger Innensenator Dirk Nockemann (Schill-Partei) importierte das Befragungs-Procédere als eine seiner letzten Amtshandlungen aus Bayern. Inzwischen bedienen sich auch Berlin und Sachsen-Anhalt eines solchen Fragebogens.

Da Nockemann nach der Bürgerschaftswahl im Februar seinen Sessel als Innensenator räumen musste, ist noch nicht ganz klar, welche Personengruppen künftig diesen Fragebogen werden zwingend ausfüllen müssen. Doch vielleicht erhält der Ex-Schillianer, der kürzlich in die CDU eingetreten ist, bald Gelegenheit, dieses Vorhaben zu Ende zu bringen. Unbestätigten – von der Innenbehörde bislang allerdings auch nicht dementierten – Gerüchten zufolge soll Nockemann bald Leiter der Hamburger Ausländerbehörde werden. Vor seiner politischen Karriere war er Leiter der Abschiebebehörde in Mecklenburg-Vorpommern und hat demzufolge Anspruch auf einen hoch dotierten Posten im Staatsdienst.

„Sicherheitsüberprüfungen sind allgemein vorgesehen für Angehörige verschiedener Staaten, bei denen nach Einschätzung der deutschen Sicherheitsbehörden ein erhöhtes Risiko besteht, dass dort der internationale Terrorismus nicht entschieden genug bekämpft wird. Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus ist nach Einschätzung dieser Sicherheitsbehörden sehr ernst zu nehmen“, werden die Befragten informiert.

„Es handelt sich dabei um eine Routineüberprüfung durch die hamburgischen Sicherheitsbehörden (Landesamt für Verfassungsschutz und Landeskriminalamt). Bitte verstehen Sie diese Maßnahme nicht als Ausdruck des Misstrauens Ihnen gegenüber.“



Ausführlich wird nach politischen Aktivitäten gefragt: Waren Sie jemals Mitglied einer politischen Vereinigung oder Partei in ihrem Herkunftsland oder in irgendeinem anderen Staat? Befürwortet diese Vereinigung oder Partei die Anwendung von Gewalt zur Veränderung politischer Verhältnisse in Ihrem eigenen Land oder im Ausland (zum Beispiel in Palästina)? Waren sie jemals in einem militärischen Ausbildungslager, das in Ihrem Herkunftsland oder in einem anderen Staat von einer politischen oder religiösen Gruppe oder von einer ausländischen Regierung unterhalten wurde? Haben Sie sich in den letzten zehn Jahren in einem der folgenden Staaten oder einer der folgenden Regionen aufgehalten, ohne selbst aus diesem Staat oder dieser Region zu stammen? Es folgen u.a. Staaten zum Ankreuzen: wie Afghanistan, Aserbaidschan, Usbekistan, Sudan, Tschetschenien, Albanien und Bosnien.

Zum Schluss werden die Befragten um Verständnis für diese Maßnahme gebeten und darüber belehrt, „dass die folgende Befragung dazu dient, festzustellen, ob Bedenken gegen meinen weiteren Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland bestehen oder ob der Versagungs-

grund der sicherheitsgefährdenden Betätigung ... vorliegt“ und „...ich aus der Bundesrepublik Deutschland ausgewiesen werden kann, wenn ich in dieser Befragung frühere Aufenthalte in Deutschland oder anderen Staaten verheimliche oder in wesentlichen Punkten falsche oder unvollständige Angaben über Verbindungen zu Personen oder Organisationen mache, die der Unterstützung des internationalen Terrorismus verdächtig sind.“ Außerdem, „dass meine nachfolgenden Daten ... an den Bundesnachrichtendienst, den Militärischen Abschirmdienst, das Zollkriminalamt, das Landesamt für Verfassungsschutz sowie das Landeskriminalamt ... übermittelt werden können“.

„Eigentlich dürfte die Verweigerung, diesen Fragebogen auszufüllen, keine Konsequenzen haben“, erläuterte die Hamburger Anwältin Sigrid Töpfer. „Das ist allerdings eine spontane Einschätzung. Der nach dem 11. September verabschiedete Otto-Katalog, vor allem das Terror-II-Paket, ist sehr weitreichend. Spontan kann ich nicht sagen, ob solche Fragebögen nicht vielleicht doch damit vereinbar sind. Das müsste gründlich geprüft werden.“

Birgit Gärtner

Allein im April drei Selbstmordversuche im Hamburger Abschiebeknast

Letzter Ausweg Suizid

Immer mehr Flüchtlinge bringen sich in Abschiebehaft um oder versuchen sich das Leben zu nehmen. Allein im April verübten drei Abschiebehäftlinge in Hamburg Selbstmord bzw. starteten einen Suizidversuch. Einer von ihnen konnte gerettet werden, für den zweiten kam jede Hilfe zu spät, und den dritten halten Maschinen künstlich am Leben.

Wie erst Anfang dieser Woche bekannt wurde, erhängte sich der Kurde Orhan B. am 19. April 04 in seiner Zelle mit seinen Schnürsenkeln. Mit dieser Verzweiflungstat wollte er sich der Auslieferung an seine türkischen Peiniger durch die Hamburger Innenbehörde entziehen. Orhan B. liegt seitdem mit der Diagnose „Hirntod“ auf der Intensivstation eines Krankenhauses. Der Kurde hatte bereits im März versucht, seinem Leben ein Ende zu setzen. Diesen Suizidversuch nahmen offenbar weder die Anstaltsleitung noch die zuständigen Behörden sonderlich ernst. Orhan B. wurde einige Tage zur Beobachtung in das Gefängnis Krankenhaus eingeliefert und danach wieder in seiner Zelle sich selbst überlassen. Der Anwalt des Kurden, der ehemalige GAL-Bürgerschaftsabgeordnete Mahmut Erdem, wirft der Anstaltsleitung und dem zuständigen Psychologen Verletzung der Sorgfaltspflicht vor und stellte Strafanzeige gegen sie. Der eigentlich Verant-



wortliche ist laut Erdem jedoch der Hamburger Innensenator Roger Kusch (CDU), der auf verstärkte Repressionen setze und Mittel für Hilfsangebote streiche.

Laut einer Pressemitteilung des Flüchtlingsrats Hamburg erhängte sich bereits am 11. April ein Albaner in der Abschiebeabteilung der Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel (Santa Fu). Zwei Tage später versuchte ein Mann aus Togo, sich mit einem Schnitt in die Kehle umzubringen. Er überlebte den Suizidversuch. Wie Orhan B. wurde er jedoch schon einige Tage später wieder in den Abschiebeknast gebracht.

Der Flüchtlingsrat und andere Organisationen bemängeln schon lange die Lebensbedingungen der Gefangenen, insbesondere die mangelnde medizinische Versorgung. Bis November 2003 war der Hamburger Abschiebeknast in Glasmoor bei Norderstedt (Schleswig-Holstein). Dort wurden die Gefangenen von Dr. Hans Köhler, einem in Norderstedt niedergelassenen Internisten betreut, der auch bei psychischen Problemen zu Rate gezogen wurde. Einer Pressemitteilung der Flüchtlingsberatungsstelle „Café Exil“ zufolge zeichnete sich Köhler laut Aussagen von Gefangenen dadurch aus, dass er bei allen Beschwerden dieselben Mittel verschrieb: Zucker, Aspirin und Paracetamol-Tabletten. Psychische Probleme versuchte er mittels Schlafmitteln und sedierenden Medikamenten zu lösen. In einigen Fällen zog er Dr. Wolfgang Pinski hinzu, Oberarzt der forensischen Psychiatrie am Klinikum Nord Ochsenszoll. Pinski erweiterte die Medikamentenpalette um Psychopharmaka. Die Untersuchung der beiden Ärzte fand laut Aussagen von Betroffenen in den meisten Fällen ohne Dolmetscher statt.

Köhler und Pinski hatten auch über die Reisefähigkeit der Gefangenen zu befinden, die sie in den allermeisten Fällen auch bescheinigten. Das Recht, einen unabhängigen Arzt oder Psychologen hinzuzuziehen, wurde und wird den Abschiebegefangenen verwehrt.

Im November 2003 wurde der Abschiebeknast Glasmoor geschlossen und die Gefangenen nach Santa Fu verlegt. Laut Flüchtlingsrat Hamburg wurden die Haftplätze von 85 auf 150 erhöht. Die Abschiebegefangenen seien nun in einem Hochsicherheitsstrakt untergebracht, was mit erheblichen Verschärfungen der Haftbedingungen einherginge, teilte die Flüchtlingsorganisation in einer Pressemitteilung Anfang dieser Woche mit. Berichten zufolge seien einzelne Gefangene bei psychischer Auffälligkeit in Isolationszellen gesperrt worden, in denen teilweise das Licht über mehrere Tage brannte. Der Flüchtlingsrat und andere Organisationen wie z.B. die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten, fordern die Schließung der Abschiebeabteilung und aller Abschiebeknäste und -lager und ein sicheres Bleiberecht für alle Flüchtlinge.

Birgit Gärtner

„Kommunales Handeln kann die Welt verändern“

Gründungskongress des neuen kommunalen Weltverbandes geht mit viel Optimismus über die Rolle der Kommunen in der Welt zu Ende. Hier ein zusammenfassender Bericht aus dem RGRE vom 10. Mai 2004:

Mit einem leidenschaftlichen Appell, der zugleich Ansporn an die eigene Adresse war, sich der Chancen gemeinsamen Handelns auf der Weltbühne bewusst zu sein, und andererseits den Regierungen und den internationalen Einrichtungen signalisierte, dass mit den Kommunen in Zukunft zu rechnen ist, ging der Gründungskongress des neuen kommunalen Weltverbandes United Cities and Local Governments (UCLG) / Weltunion der Kommunen (WOG) zu Ende. Rund 2.300 Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen aus über 90 Ländern trafen sich vom 2. bis 5. Mai 2004 in Paris unter dem Motto „Cities, Local Governments: The Future for Development“, das man – zugegebenermaßen sehr frei – mit „Keine Zukunft ohne Kommunen“ übersetzen könnte.

Der Kongress in Paris markiert eine entscheidende Wegmarke in der kommunalen Zusammenarbeit auf globaler Ebene. Die beiden größten kommunalen Weltverbände, die „International Union of Local Authorities“ (IULA) und „United Towns Organisation“ (Weltbund der Partnerstädte) haben sich vor neun Jahren auf einem langwierigen und nicht immer einfachen Fusionsprozess eingelassen, dem sich dann kurzfristig auch noch ein weiterer kommunaler Weltverband der Metropolstädte (Metropolis) anschloss und an dessen Ende ein neuer kommunaler Weltverband stand, der seine Arbeit offiziell am 1. Januar 2004 mit Sitz in Barcelona aufnahm.

Ausgangspunkt für die Bemühungen, die Kräfte zusammenzuführen und in Zukunft einheitlicher und damit gestärkt aufzutreten war die HABITAT-II-Konferenz von Istanbul im Jahre 1995, auf der die Kommunen die Erfahrung machten, dass sie im Weltkontext und insbesondere gegenüber den Vereinten Nationen nur dann eine Chance auf Gehör haben, wenn sie sich um eine möglichst einheitliche Stimme bemühen. Damals ist auch der Wunsch der Vereinten Nationen unmissverständlich an die Kommunalverbände herangetragen worden, diese Einheitlichkeit herzustellen. Die Rechnung auf eine verbesserte Vertretung kommunaler Interessen und damit verbunden besseres Gehör und mehr Einfluss für die Kommunen bei den Regierungen und den internationalen Einrichtungen scheint aufzugehen. Nie zuvor haben Weltkongress der bisher getrennt agierenden kommunalen Weltverbände es zustande gebracht, eine

derart ansehnliche Präsenz von Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen großer und einflussreicher Städte aufzubieten.

Zur Eröffnungssitzung kamen der französische Staatspräsident Jacques Chirac und Portugals Staatspräsident Jorge Sampaio. Die Exekutivdirektorin von UN-Unterorganisation Frau Anna Tibaijuka verlas eine Grußbotschaft des UN-Generalsekretärs Kofi Anan. Ein weiterer Beleg für die gestiegene Aufmerksamkeit mag auch darin zu sehen sein, dass noch in Paris ein Kooperationsvertrag zwischen dem neuen kommunalen Weltverband und der Weltbank unterzeichnet worden ist. Mit dem Pariser Bürgermeister Bertrand Delanoë und der Bürgermeisterin von Sao Paulo Marta Suplicy an der Spitze des Verbandes wird es ihm sicherlich auch in Zukunft gelingen, sich Gehör zu verschaffen.

Der neue kommunale Weltverband ist organisatorisch in sieben Weltregionen aufgeteilt, wobei Europa eine dieser sieben Regionen ist und dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) die Rolle der europäischen Sektion des Weltverbandes zukommt. Für die deutschen Kommunen bedeutet dies, dass sie ihre Präsenz in den Gremien des neuen Weltverbandes über ihre Arbeit im RGRE wahrnehmen. Als eine der größten Sektionen im RGRE sind sie in den beiden Führungsgremien des kommunalen Weltverbandes (World Council und Exekutivbüro).

Vertretung der deutschen Kommunen in den Führungsgremien der Weltunion der Kommunen (United Cities and Local Governments):

World Council: Mitglieder: Dr. Wolfgang Schuster, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart, Präsident der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas; Roland Schäfer, Bürgermeister der Stadt Bergkamen, Erster Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes; Dr. Heinrich Hoffschulte, Vizepräsident der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas.

World Council: stellv. Mitglieder: Dr. Monika Kuban, stellv. Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Städtetages; Dr. Stephan Articus, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages; Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes; Dr. Rolf Derenbach, Referent Deutscher Landkreistag.

Executive Bureau: Mitglied: Dr. Wolfgang Schuster, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart, Präsident der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas

Ein Bericht des Rats der Gemeinden und Regionen Europas, Deutsche Sektion, vom 10. Mai 2004. www.rgre.de www.cities-localgovernments.org

Internationale Versammlung zu Prekarisierung: Die Kosten rebellieren

Für viele Menschen war und ist es Alltag: Prekäre Arbeit. Seit Jahren expandiert sie in alle(n) Wirtschaftssektoren. deregulierte Arbeitsverhältnisse nehmen beschleunigt zu, seitdem Dienstleistungen outgesourct, Arbeit flexibilisiert und ein Niedriglohnsektor staatlich gefördert werden. Waren es bislang in erster Linie Frauen und insbesondere MigrantInnen, die in Beschäftigungsverhältnissen zu arbeiten genötigt waren, die kein oder kaum ein Auskommen gewährleisten, so zeigt sich heute, dass ein flexibilisierter Kapitalismus Arbeit ohne – oder zu miserablen – Tarifverträgen zu einer neuen Normalität werden lässt.

Ob BriefträgerInnen, LKW-Fahrer, LagerarbeiterInnen, McDonalds-Servicemitarbeiter oder Call Center Agents für Niedrigstlöhne arbeiten, Ich-AGs sich für ihre Existenz abstrampeln, LeiharbeiterInnen bei obskuren Vermittlungsagenturen um ihre Entlohnung kämpfen müssen, eine kasachische Ärztin bundesdeutsche Wohnungen putzt, kurdische Flüchtlinge im Imbiß oder Polen, Rumänen, Deutsche und Portugiesen auf Baustellen arbeiten; Heimarbeiterinnen auf Abruf arbeiten und Studentinnen Kinokarten abreißen oder später Hilfsjobs im Ausbildungssektor haben – die angebliche ‚Wissens- oder Informationsgesellschaft‘ basiert auf Zeitarbeit und Niedriglohn.

Prekäre Arbeit bedeutet oft arbeiten ohne sicher zu sein, das Leben damit fristen zu können. Arbeitsrechte und Gesundheitsschutz sind häufig Fremdworte im beruflichen Alltag. Viele arbeiten so, weil die Lebensnöte es so erfordern oder erzwingen. Andere leben so, weil es besser ist als vorher. Wieder andere betrachten es als Zwischenspiel oder Aufstiegsweg. So vielfältig wie Jobs und Bedingungen so verschieden sind Selbstverständnis, Perspektiven und Ziele der Beschäftigten. Wenig Alternativen haben allerdings viele MigrantInnen mit und alle ohne Papiere: Razzien und Sondergesetze, die Bevorzugung von Deutschen am Arbeitsmarkt, Arbeitsverbote für Flüchtlinge und damit insgesamt eine ‚Zuwanderungspolitik‘, die in Illegalität und damit in Schwarzarbeit drängen, zwingt sie in die miesesten Jobs.

Die Gewerkschaften richten ihr Augenmerk eher auf besserverdienende Hochqualifizierte, und wie stets auf die weniger werdenden Grossbetriebe. Neue Ansätze zur Gegenwehr von Seiten der prekär Beschäftigten sind bislang kaum vorhanden. Doch einzelne Aktionen und Aktivitäten in Europa ermutigen und waren erfolgreich: Ob der Streik der prekär Beschäftigten im Kulturbereich in Frankreich oder der afrikanischer Putzfrauen in Paris, der Arbeitskampf um

Entlohnung und Aufenthaltsstatus von Landarbeitern in Spanien oder Proteste von irregulären Bauarbeitern in Berlin – informell und prekär Beschäftigte, und gerade MigrantInnen, entwickeln neue Strategien und wenden sich gegen eine Situation der Rechtlosigkeit. Ob freie JournalistInnen beim Rundfunk oder Putzmenschen in Industriebetrieben: auch in Deutschland gibt es erfolgreiche Ansätze.

Verstärktes Handeln ist angesagt – gerade in Zeiten, da Menschen gezwungen werden, jeden Job anzunehmen – und wir möchten mit unserer Konferenz an der gesellschaftlichen Schnittstelle „prekäre Beschäftigung und (legale wie illegale) Migration“ in beide Richtungen die

Arbeitskampf bei Veloce:

„... nichts zu verlieren als ihre Ketten!“

Am 25. März kam es beim Wiener (Fahrrad)Botendienst Veloce zu einem dreistündigen Warnstreik. Nach österreichischer Sprachregelung war es ein „wilder Streik“, da keine vorherige Genehmigung durch die zuständige Fachgewerkschaft (GPA) bzw. durch das Präsidium des ÖGB vorlag. Der Einwurf, der jetzt kommt, ist vorhersehbar – wenn in Wien 50 oder 60 Fahrradboten streiken, sei das etwa so relevant, wie wenn in Beijing das legendäre Fahrrad umfalle. Tatsächlich ist der Veloce-Streik ein Ereignis, das weit über das betroffene Unternehmen selbst hinausgeht. Erstmals ist es in Österreich zu einer solidarischen Kampffraktion von prekär Beschäftigten gekommen, haben „Freie Dienstnehmer/innen“ die Streikwaffe eingesetzt, um sich gegen frühkapitalistisch (oder doch: neoliberal?) anmutende ausbeuterische Arbeitsverhältnisse zu wehren.

Worum geht es bei Veloce?

Umittelbarer Anlass für den Streik war eine Preiserhöhung für die zahlreichen und nicht schlecht zahlenden Kunden des Botendienstes, von deren Erlös seitens der Geschäftsführung allerdings ein deutlich geringerer Anteil an die Fahrer/innen weitergegeben werden soll als bisher üblich. Die Fahrradbot/inn/en, die oft buchstäblich unter Einsatz ihres Lebens ihren Job machen, arbeiten ohnehin schon unter den gründigsten Verhältnissen: Das Betriebsmittel Fahrrad müssen sie selber einbringen, die gelben Veloce-Jacken und -Rucksäcke, mit denen sie lebende Werbeträger werden, müssen sie bei Beginn des Dienstverhältnisses käuflich erwerben, Honorare werden oft erst Wochen nach der erbrachten Arbeitsleistung ausbezahlt, die Geschäftsführung verlangt dafür sogar noch eine Bearbeitungsgebühr! Eine Transportversiche-

Grundlage für eine intensivere Zusammenarbeit legen.

Insofern setzen wir uns mit der Internationalen Versammlung folgende Ziele:

- die Funktion, Stellenwert und Formen prekärer Arbeit öffentlichkeits- und medienwirksam zu verdeutlichen,
 - einen heterogenen Kreis von politischen Gruppen (von migrantischen Selbstorganisationen bis zu GewerkschafterInnen, von antirassistischen bis zu Erwerbslosen-, Jobber oder Anti-Hartz-Initiativen) zu kontroversen Debatten zusammenzubringen,
 - sich darin auf strategische Ansatzpunkte und politische Forderungen zu verständigen und diese nach außen zu tragen,
 - und nicht zuletzt konkrete Handlungs- und Organisationsansätze auszutauschen und weiterzuentwickeln.
- (Es folgen die Aufrufer)

<http://labournet.de/diskussion/arbeit/re-alpolitik/prekaer/kongress.html>

rung wird vom Honorar abgezogen, die Versicherungsverträge allerdings sind den Fahrer/inn/en nicht bekannt.

Die Kolleg/inn/en fordern nun neben der Offenlegung der Versicherungsverträge unter anderem die Bezahlung des vollen Anteils am Umsatz sowie an der Preiserhöhung, eine Angleichung der Gehälter von Anfängern an jene von länger Beschäftigten, die Bezahlung der Gehälter am Monatsanfang sowie die Rückerstattung von Mobiltelefon-Kosten für Gespräche mit dem Unternehmen. Sollte es bis zum 1. April kein Einlenken der Veloce-Geschäftsführung geben, wollen die Kolleg/inn/en einen weiteren unangekündigten, diesmal fünfstündigen, Streik durchführen.

Eine Zwischenbilanz

Die Gruppe für revolutionäre Arbeiter/innen/politik (GRA) erklärt sich mit den Kolleg/inn/en bei Veloce hundertprozentig solidarisch. Wir unterstreichen vor allem die Bedeutung des ersten Streiks atypischer Beschäftigter in diesem Land. Gerade die weitgehende Rechtlosigkeit der atypisch Beschäftigten, die Methode der Kapitalist/inn/en, Atypische und „Freie Dienstnehmer/innen“ betriebsintern gegeneinander auszuspielen, um eine Solidarisierung zu verhindern, und der geringe gewerkschaftliche Organisationsgrad machen den Widerstand dieser immer weiter um sich greifenden „neuen“ Arbeiter/innen- und Angestelltenschicht extrem schwierig. Dass bei der Streikversammlung überraschend der Vorsitzende der GPA, Hans Sallmutter, erschienen ist und den Streikenden die Unterstützung der Gewerkschaft zugesichert hat, werten wir als einen wichtigen Erfolg der Kampfmaßnahmen der Veloce-Bot/inn/en. Die österreichischen Ge-

werkschaften haben erst sehr spät die Bedeutung der Umschichtungen auf dem Arbeitsmarkt erkannt und begonnen, sich mit den Problemen der besonders ausgebeuteten Schichten atypisch Beschäftigter zu beschäftigen bzw. ihnen überhaupt die Möglichkeit zur gewerkschaftlichen Organisation zu bieten. Allerdings bewegt sich die offizielle gewerkschaftliche Tätigkeit in diesem Bereich im klassischen Spannungsfeld der bürokratischen Gewerkschaftspolitik insgesamt: Das Hauptaugenmerk wird auf mickrige sozialpartnerschaftliche „Verbesserungen“ gelegt – diese scheitern aber wenig überraschend an den Profitinteressen der Kapitalist/inn/en, die kein Interesse daran haben, billige und teilweise hochqualifizierte Arbeitskräfte rechtlich besser zu stellen, wo sie doch mit einem wachsenden Arbeitslosenheer im Rücken ein starkes Argument für Lohndrückerei und Aufweichung sozialer Mindeststandards haben. Innerhalb des ÖGB ist der Bewusstseinsstand zur Problematik der Atypischen erschreckend gering – gerade erst die GPA hat in Form der „Interessensvertretungen“ Strukturen geschaffen, um die Atypischen zu erfassen. Kein Wunder – viele der „Freien“ oder Atypischen sind in Bereichen tätig, die eigentlich ihrem Wesen nach klassische Angestelltentätigkeiten sind. Nun planen „Personalleasingfirmen“ – die modernen Sklav/inn/enhändler – und das Handelskapital, durch den verstärkten Einsatz von Leiharbeiter/inn/en einen Kernbereich der Angestellten anzugreifen, nämlich das ohnehin schlecht bezahlte und zumeist weibliche Verkaufspersonal. Trotzdem, dass „Outsourcing“ und „Sonderverträge“ auch alle anderen Industriegruppen früher oder später treffen, sieht die konservative Gewerkschaftsbürokratie dem tatenlos zu.

Genau solche „neuen Arbeitsverhältnisse“ zielen auf die Aushebelung der Kollektivverträge ab, auf die Zerschlagung der Solidarität der Arbeitenden, auf die Zurückdrängung jeglicher Form innerbetrieblicher Organisation (auch einer Selbstorganisation außerhalb der Gewerkschaftsstrukturen!).

Die Waffe der Solidarität

Deshalb ist es wichtig, dass der Kampf der Kolleg/inn/en bei Veloce Erfolg hat. Das kann aber nur dann gelingen, wenn er nicht isoliert und unbemerkt bleibt. Die kämpfenden Kolleg/inn/en und ihr Sprecher/innenkomitee müssen jetzt aktiv nach Außen gehen und möglichst viele Arbeiter/innen und Angestellte, vor allem aber andere Freie Dienstnehmer/inn/en, über ihren Kampf informieren. So positiv die Anwesenheit von Hans Sallmutter bei der ersten Streikversammlung war – die Veloce-Fahrer/innen können nur auf ihre eigene Kraft, auf ihren eigenen Zusammenhalt bauen! Sie sind die Betroffenen, sie stehen unter Druck, und sie haben durch die Verweigerung ihrer Arbeitskraft – den Streik – das momen-

tan stärkste Kampfmittel in Händen (und Waden). Die Kolleg/inn/en bei Veloce dürfen sich nicht durch Drohungen oder Lügen der Geschäftsführung irremachen lassen. Natürlich wird die Geschäftsführung auf das „harte Konkurrenzumfeld“ verweisen, auf die „angespannte Marktlage“. Neben den Knebel-Versicherungsverträgen müssen alle Geschäftsunterlagen von den Kolleg/innen/ eingesehen, geprüft und kontrolliert werden. Ein von den Beschäftigten selbst demokratisch gewähltes Komitee sollte – über den konkreten Streik hinaus – der Geschäftsführung auf die Finger schauen und gegebenenfalls neue Aktionen vorschlagen, die in Vollversammlungen diskutiert und beschlossen werden sollten.

Was können wir selbst tun?

Informieren wir unsere Kolleg/inn/en, egal in welchem Betrieb, über den Arbeitskampf bei Veloce! Diskutieren wir mit ihnen über die Bedeutung dieses „minimum wage strikes“!

Prozess der IG Metall und des DaimlerChrysler-Betriebsrats erfolgreich!

Erfolg gegen Arbeiten ohne Ende

Als weitestgehend erfolgreich wertete Jens Herbst, Leiter der Rechtsstelle der IG Metall Stuttgart, den am 29.4.2004 verkündeten Beschluss des Bundesarbeitsgerichtes (BAG) im Verfahren um verfallene Gleitzeit in der Zentrale des DaimlerChrysler-Konzerns. Herbst, der juristischer Initiator des Prozesses ist: „Wir sind mit der Entscheidung sehr zufrieden. Sie bestätigt in weiten Teilen unsere Positionen zur Einhaltung der Arbeitszeit bei Gleitzeitmodellen.“

Das höchste deutsche Arbeitsgericht entschied, dass DaimlerChrysler mit allen dem Unternehmen zur Verfügung stehenden Mitteln verpflichtet ist, Arbeitszeit außerhalb des mit dem Betriebsrat vereinbarten Rahmens zu unterbinden. Um dem Folge zu leisten, reicht es nicht aus, geleistete Arbeitszeit nicht zu bezahlen, wie dies das Unternehmen geltend gemacht hatte.

Entzündet hatte sich der Rechtsstreit an Erkenntnissen des Betriebsrats der Daimler-Zentrale in Stuttgart, wonach seit 1999 jährlich bis zu 750.000 unbezahlte Überstunden geleistet wurden. Dies würde rein rechnerisch 500 Vollzeitarbeitsplätzen entsprechen. Die geleisteten Überstunden waren im Vorfeld weder beim Betriebsrat beantragt noch genehmigt worden.

Stillschweigend und wohlwollend duldet die Daimler-Unternehmensleitung seit Jahren Verstöße gegen geltende Arbeitszeitregelungen. Dies betrifft Abweichungen von Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit und Überschreitungen der täglichen, monatlichen und jahresbezogenen Höchstarbeitszeiten. Die rechtswidrig geleisteten Arbeitszeiten werden den Beschäftigten nicht ver-

Unterstützen wir durch Anrufe, Faxe und e-mails an Veloce den Kampf der Fahrradbot/inn/en! Verhindern wir, dass die Veloce-Geschäftsführung versucht, die Beschäftigten von Veloce-Kundenunternehmen gegen die Fahrer/innen aufzubringen! Wenn es zu Lieferunterbrechungen kommt, ist das nicht die Schuld der Fahrradbot/inn/en, sondern die Verantwortung einer profitgierigen Veloce-Geschäftsführung!

Wichtig wäre es, dass sich bei einem möglichen weiteren Streik möglichst viele arbeitende Menschen vor der Veloce-Zentrale im 3. Wiener Gemeindebezirk, Ungargasse 46, in einer spontanen Kundgebung mit den kämpfenden Kolleg/inn/en solidarisch zeigen!

Den ÖGB fordern wir auf, über die Veröffentlichung der offiziellen GPA-Aussendung hinaus den Arbeitskampf bei Veloce materiell und propagandistisch zu unterstützen!

gütet. Auch eine vorgeschriebene Abbauplanung der Gleitzeitkonten wird z. T. nicht eingehalten.

Für Jens Herbst ist durch diese Grundsatzentscheidung zur strikten Durchführung von Betriebsvereinbarungen einer Arbeitszeitpraxis Einhalt geboten worden, „die Beschäftigten maßlos und unentgeltlich Arbeitsleistung abfordert“. Gleichzeitig sieht er die Schutzfunktion des Betriebsrats zum Schutz der Beschäftigten vor Überlastung in gesundheitsbedrohendem Ausmaß als gestärkt an.

Dem Bestreben des Unternehmens, die eigene Verantwortung für die korrekte Durchführung der betrieblich vereinbarten Arbeitszeitregeln auf die unter Leistungs- und Karrieredruck stehenden Beschäftigten abzuwälzen, so Herbst, sei „ein dicker Riegel vorgeschoben worden“.

Aus Sicht der IG Metall hat die Erfurter Entscheidung Signalwirkung für eine große Zahl ähnlicher Betriebsvereinbarungen in anderen deutschen Betrieben. Ihre tarifpolitische Bedeutung muss nach Vorliegen der schriftlichen Entscheidungsgründe näher analysiert werden, da die Tarifvertragsparteien der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg in der jüngsten Tarifrunde vereinbart haben, den Umgang mit Arbeitszeitkonten kurzfristig neu zu regeln.

In der Stuttgarter Hauptverwaltung der DaimlerChrysler AG arbeiten derzeit ca. 12.000 Beschäftigte, davon über 90 Prozent Angestellte. Die regelmäßig tägliche Arbeitszeit von maximal 10 Stunden ist dort zwischen 6.00 Uhr und 19.00 Uhr zu erbringen.

(PM, IG Metall, 30.4.2004)

40-Stunden-Woche bei Daimler: Diskussion in der Stuttgarter IG Metall

Die Delegiertenkonferenz der IG Metall Stuttgart am 24.4. war geprägt von einem Thema, das fast nicht offen angesprochen wurde, aber auf den Fluren und in den Pausen lebhaft diskutiert wurde. Bei den Daimler-Betrieben strebt der Gesamtbetriebsrat die Öffnung der 40-Stunden-Woche für alle Beschäftigten der PKW- und Nutzfahrzeug-Entwicklung und Forschung in Sindelfingen und am Standort Stuttgart, sowie in der Konzernzentrale (Hauptverwaltung) in Möhringen an, insgesamt für über 20 000 Beschäftigte. Der neue Tarifvertrag lässt grundsätzlich unter einer Reihe von Bedingungen eine solche Arbeitszeitverlängerung zu (siehe dazu den Artikel von Tom Adler in den letzten Politischen Berichten).

Dass bei Daimler solche Bedingungen vorliegen, davon kann aber keine Rede sein: Daimler kann jederzeit so viele hochqualifizierte Ingenieure und sonstige Hochschulabsolventen bekommen, wie er sich wünscht. Die Rückkehr zur 100%igen 40-Stunden-Woche in Entwicklungsbereichen bei Daimler würde Verhandlungen bei allen anderen Metallbetrieben einleiten, die unverzüglich für ihre Angestelltenbereiche dieselben Forderungen stellen würden wie Daimler. Ganz zu schweigen von der Demoralisierung, die eine solche Arbeitszeitverlängerung unter allen MetallernInnen auslösen würden, die sich noch gegen die herrschende Tendenz der Arbeitszeitverlängerung stemmen. Aus solchen Gründen

lehnt eine Reihe von Gewerkschaftern der Daimler-Betriebe und anderer Betriebe diese Absicht ab.

Wenn die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit von Daimler als Begründung akzeptiert werden würde, wie es in dem Antrag steht, dann könnte in Zukunft kein einziger Betriebsrat mehr ein solches Ansinnen des Arbeitgebers ablehnen – welcher Betrieb muss nicht seine Konkurrenzfähigkeit fördern?

Ein Antrag an die Tarifpartner zur Zulassung nach Tarifvertrag wurde aber bis jetzt noch nicht gestellt, wie am 24.4. betont wurde. Es ist ein Erfolg der Daimler-KollegInnen, die das Vorhaben ablehnen, und einsichtigerer Teile der IG Metall, dass eine eigene Delegiertenkonferenz zum Thema Arbeitszeit, 40-Stunden-Quote und Zeitkonten für den 17.5. angesetzt wurde und bis dahin keine Entscheidung gefällt werden wird. Eine ausführliche Diskussion war am 24.4. wegen der zahlreichen nicht verschiebbaren Wahlen von Ortsvorstand und Tarifkommissionen nicht möglich. Nur aus ein paar Redebeiträgen wie z.B. von Uwe Hück von Porsche ging die Ablehnung von Arbeitszeitverlängerung hervor und der Bezug war zu errahnen.

Somit kann die IG Metall ihre Erinnerungsveranstaltung an den 1984er Streik für die 35-Stunden-Woche am 13. Mai noch unbelastet feiern. Danach müssen die führenden Daimler-Betriebsräte, der Ortsvorstand und auch die KritikerInnen des Konzeptes Farbe bekennen. (tm)

BDI kritisiert zögernde Regierungsbegleitung bei Verkauf der Hanauer Atomanlage. – HB, Mi., 28.04.04. Scharf kritisiert der BDI das schleppende Engagement der Bundesregierung in Sachen Verkaufsoption der Hanauer Atomanlage zur Aufbereitung von Atombrennstäben. Das chinesische Außenministerium teilte mit, dass die Gespräche über die Lieferung der Anlage beendet worden seien. BDI-Geschäftsführer H. von Wartenberg: „Das wirft kein gutes Licht auf den Innovationsstandort Deutschland. Wir müssen aber die Frage beantworten, ob Deutschland mit Hochtechnologie Geld verdienen will oder nicht.“ Die Initiative „Hanau selbst kaufen“ kündigte an, dass sie sich weiter um Spenden bemühe, um mit einem eigenen Kauf der Anlage einen Export zu verhindern.

Kanzler und Wirtschaft für Aufhebung des Waffenembargos gegen China. – HB, Mi., 05.05.04. Hintergrund ist die erklärte Absicht von Kanzler und Wirtschaft, den Handel mit China bis 2010 zu verdoppeln. So spricht sich der Vorsitzende des „Arbeitskreises China“ der deutschen Wirtschaft, J. Heraeus, für die Aufhebung des Waffenembargos aus. „Man kann dies nur gemeinsam in der EU, nicht im nationalen Alleingang entscheiden. Aber China hat gezeigt, dass es sehr verantwortungsvoll agieren kann. Jetzt nimmt Peking eine vermittelnde Rolle in Sachen Nordkorea ein. Ich denke, der Zeitpunkt (für eine Aufhebung des Waffenembargo) wäre gekommen.“

Dissens der Regierung mit der Rüstungswirtschaft. – Für den Verkauf deutscher Rüstungsfirmen ins Ausland wird nun eine gesetzliche Genehmigungspflicht eingeführt. Die Grünen setzten sich gegen die Vorschläge der SPD-Verteidigungs- und Wirtschaftspolitikern durch, die nach Absprache mit den Vertretern der Rüstungsindustrie lediglich für eine Meldepflicht votiert hatten.

Wirtschaftsverbände stellen Bedingungen zu Ausbildungspakt. – HB, Frei./Sa., 07./08.05.04. Die Wirtschaft ist nur dann zu einem Ausbildungspakt bereit, wenn es nicht gleichzeitig zu einem Abgabegesetz kommt. Trete das Gesetz in Kraft, dann sei die Grundlage für den vorgeschlagenen Ausbildungspakt entfallen, drohten die Präsidenten der vier Spitzenverbände BDI, BDA, DIHK und ZDH. Der Pakt müsse vor der Abstimmung im Bundesrat zu Stande kommen. „Wenn das gelingt, gehen wir davon aus, dass im Bundesrat ein Weg gefunden wird, das Gesetz nicht in Kraft treten zu lassen, so der Hauptgeschäftsführer des BDA, R. Göhner. Mit ihrer neuen Strategie setzen die Verbände darauf, dass die SPD sich im Vermittlungsausschuss bereit finden könnte, das Gesetz auszusetzen, wenn der Pakt ausverhandelt ist.“

Presseauswertung: rst



Bund, Länder und Gemeinden verhandeln derzeit über die Neugestaltung des Tarifrechts im öffentlichen Dienst. Im Gegensatz zum Bund, Städten und Gemeinden zeigen sich die Länder dabei bisher zu keinen Kompromissen bereit. Auf der am 12. Mai stattgefundenen Tarifverhandlung in Berlin zwischen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und ver.di wurde durch ver.di das Scheitern der Verhandlungen erklärt. In vielen Städten fanden Aktionen von Beschäftigten statt. Bild: Warnstreikaktion in Hamburg.

Tarife, Lohnstandards, Mindestlöhne und europäische Erfahrungen

In der öffentlichen Diskussion findet eine verstärkte Diskussion über mögliche Maßnahmen gegen Niedrigeinkommen statt. Hintergrund ist neben einem sinkenden Wirkungsgrad der Tarifverträge ein wachsender Bereich von Niedriglöhnen. „Rund 25% der Vollzeitbeschäftigten erhalten prekäre Entgelte. Weitere rund 11% bekommen Armutslöhne.“ (WSI-Mitteilungen 7/2003) Die erwarteten Auswirkungen von Hartz IV forcieren diese Debatte noch einmal. Der DGB spricht von einer einsetzenden „Apartheid auf dem Arbeitsmarkt“ (Tagesspiegel v. 2.3.2004)

Gleichwohl ist es um die Aktivitäten einer Initiativgruppe aus Vertretern verschiedener Einzelgewerkschaften des DGB, die eine Kampagne für ein gesichertes Erwerbseinkommen ausarbeiten sollte, sehr still. Aussagen von Vertretern unterschiedlicher Einzelgewerkschaften variieren immer noch von der direkten Forderung eines gesetzlichen Mindestlohns, mit der Angabe einer konkreten Höhe, bis zur ausdrücklichen Ablehnung einer solchen Maßnahme. Manche der dabei ins Spiel gebrachten Argumente nehmen relativ wenig Rücksicht auf die empirischen Gegebenheiten und nutzen auch nicht die in anderen europäischen Ländern mit gesetzlichen Mindestlöhnen schon gemachten Erfahrungen.

Aktuelle Debatte

Trotz traditioneller Vorbehalte seitens der Gewerkschaften spielte die Forderung nach Mindestlöhnen auf den Demonstrationen am 3. April eine Rolle. Wesentlich wenden sich die Forderungen gegen eine von Regierung und Opposition geforderte und geförderte Lohnspirale nach unten. Dabei gibt es mittlerweile aber auch Stimmen aus den Regierungsparteien, die gesetzliche Mindestlohnbestimmungen als Schranke gegen working poor anvisieren. SPD-Vorstandsmitglied Nahles sprach sich dafür aus. Die Grünen plädieren mittlerweile recht offen für ein Mindestlohngesetz. Bütikofer spricht von der Gefahr, dass mit der Neuregelung der Zumutbarkeit im kommenden Jahr „auf breiter Front drastische Lohnrückerei in Gang kommen könnte“. Und Markus Kurth, ebenfalls von den Grünen, wendet sich mit seiner Aussage, „die öffentliche Hand macht sich zum Ausfallbürgen für die unterlassenen Lohnzahlungen der Arbeitgeber“ (Frankfurter Rundschau v. 25.02.2004, S. 11), gegen die angebotsfundamentalistische Sicht, die Arbeitskraft müsse so billig werden, bis sie nachgefragt wird, der Staat im Zweifelsfalle dann einspringen, wenn der Lohn nicht mehr zum Leben reicht.

Die gewerkschaftlichen Verlautbarungen bleiben ausdrücklich widersprüchlich.

„Mindestlöhne gibt es in den Ländern, in denen es schwache Gewerkschaften gibt“, sagt IG-BCE-Chef Schmoldt (Financial Times Deutschland v. 6.4.2004). Die IG BCE beharrt darauf, Entgeltfindung sei ein klassisches Thema für Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. Funktionsfähige Tarifverträge, die die Mindestbedingungen regeln, wären vorhanden. Und auch Klaus Wieseberg von der IG BAU, die ja einen Mindestlohn für den Bau vereinbart hat, winkt ab, da eine solche Regelung drohe, „alle Löhne noch weiter runter“ zu ziehen. (Der Tagesspiegel v. 25.2.2004) Er plädiert dafür, die Verantwortung für die Mindestlöhne bei den Tarifvertragsparteien zu lassen. Jürgen Stamm, Vorstandsmitglied der IG Metall und Erster Bevollmächtigter in Stuttgart, argumentiert gleichermaßen: „Ich glaube nicht, dass der Gesetzgeber den Lebensstandard sichern kann. Das ist naiv.“ (Stuttgarter Zeitung v. 28.2.2004) Dahinter steckt der Glaube, Tarifverträge könnten dies zu jeder Zeit – vielleicht ist dies in dieser Absolutheit noch naiver. Einer empirischen Betrachtung

hält diese Aussage jedenfalls kaum noch stand (siehe auch die auszugsweise dokumentierte Bundestagsdrucksache 19/2932).

Ausdrücklich anders positioniert sich bisher die NGG (mittlerweile durch ver.di flankiert), die für einen gesetzlichen Mindestlohn eintritt und als Referenzgröße für ein „existenzsicherndes Mindesteinkommen“ die Höhe von 1.500 benennt. „Wer in Deutschland Vollzeit arbeitet, muss auch davon leben können.“ (Die Zeit v. 4.3.2004)

Mindestlöhne in anderen Ländern – zwei Beispiele

„Mindestlohnregulierungen im heutigen Sinn wurden auf gesetzlicher Basis erstmals zur Wende vom 19. auf das 20. Jahrhundert in Neuseeland und in verschiedenen Bundesstaaten Australiens eingeführt und im Weiteren landesweit ausgebaut. Grund der Einführung war unter anderem der Versuch, Arbeitskonflikte zu verringern. 1909 erfolgte die Einführung von Mindestlöhnen in Großbritannien und etwas später in Kontinentaleuropa, so 1915 in Frankreich, 1918 in Norwegen, 1919 in der Tschechoslowakei und 1923 in Spanien und Belgien.“¹

Mindestlohngesetze in Europa

Belgien:

- a) Der Mindestlohn variiert zwischen 1.163,02 und 1.209,33 in Abhängigkeit vom Alter und der Betriebszugehörigkeit.
- b) Die Höhe wird alle zwei Jahre auf zentraler Ebene in Tarifverhandlungen festgelegt, und es gibt einen automatischen Preissteigerungsausgleich.

Frankreich:

- a) Der Mindestlohn beträgt 6,83 die Stunde bzw. 1.100,67 bis 1.154,27 in Abhängigkeit, wann der Arbeitgeber die 35-Stunde-Woche einführt.
- b) Wird von der Regierung festgelegt. Die Erhöhung ist an die Preissteigerungsrate gebunden und eine Überprüfung findet jedes Jahr statt.

Griechenland:

- a) 23,30 am Tag für gewerbliche Arbeitnehmer und 520 monatlich für Angestellte.
- b) Wird jährlich in nationalen Tarifverhandlungen und unter Berücksichtigung der Inflationsrate verhandelt.

Irland:

- a) Die Höhe lag bei Durchführung der Untersuchung bei 6,35 pro Stunde und sollte zum 1. Februar 2004 auf 7 angehoben werden.
- b) Überprüfung wird von den Sozialpartnern vorgenommen als Teil zentraler Lohnverhandlungen.

Luxemburg:

- a) Der Stundenlohn beträgt 7,91 bzw. 1.368,74 monatlich für ungelernte und 1.642,49 für gelernte Beschäftigte.
- b) Die Regierung legt die Höhe fest. Alle zwei Jahre wird eine Überprüfung vorgenommen, wobei die Steigerung der Verbraucherpreise berücksichtigt werden.

Niederlande:

- a) Es gibt einen Tagelohn in Höhe von 57,66, einen Wochenlohn in Höhe von 288,30 sowie einen Monatslohn von 1.249,20.
- b) Die Regierung legt die Höhe fest und nimmt alle zwei Jahre eine Überprüfung vor, wobei die erwarteten Steigerungen in den Tariflöhnen berücksichtigt werden.

Portugal:

- a) Der Monatslohn in Portugal beträgt 356,60 und 353,20 für Heimarbeiter.
- b) Auch in Portugal wird die Höhe von

Heute liegen in neun der alten 15 EU-Mitgliedsstaaten durchaus sehr unterschiedliche Erfahrungen mit Mindestlohngesetzen vor (siehe auch den untenstehenden Kasten). Die Höhe der Mindestlöhne in Prozent des Durchschnittseinkommens variiert zwischen etwa 40 und 60.² Historisch haben gesetzliche Mindestlöhne zwar vor allem dort Einzug gehalten, wo der gewerkschaftliche Organisationsgrad gering war, allerdings zeigen die Erfahrungen deutlich, dass die Existenz eines nationalen Mindestlohn keineswegs die Bedeutung von branchenweiten oder auch intersektoralen Tarifverhandlungen minimieren.

Frankreich ist ein Beispiel der Kombination von Mindestlohngesetz und Tarifverträgen. Über 90% der Beschäftigten arbeiten in Sektoren, in denen Tarifverhandlungen stattfinden. Der hohe Wirkungsgrad der Tarifverträge wird nicht zuletzt durch zwei Verfahren der Allgemeinverbindlicherklärung erreicht (entweder für eine Branche und Region oder Anwendung auch in anderen Regionen und anderen Branchen, was seltener geschieht). Heute sind 54% der Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt.

Der gesetzliche Mindestlohn wird regelmäßig durch einen Regelmechanismus, der drei verschiedene Varianten vorsieht, angepasst und soll ausdrücklich den Beziehern einen Teilhabe an den Ergebnissen des wirtschaftlichen Wachstums ermöglichen. Immer wieder wurde von diversen Regierungen auch die Mög-



lichkeit des „coup de pouce“, einer Erhöhung aus freiem Ermessen angewandt (1981, nach der Wahl von Françoise Mit-

terand zum Präsidenten, Erhöhung um 10%).

Drei Millionen Franzosen arbeiten derzeit für den gesetzlichen Mindestlohn, 50% mehr als vor zehn Jahren. Die CGT sieht im Mindestlohn ein wirksames Mittel gegen die drohende Gefahr des Lohndumpings durch die Osterweiterung. Der Mindestlohn hätte insbesondere eine Funktion für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft. Auf der anderen Seite hat die relative Stärke des Mindestlohnes zu einer Ballung von Beschäftigten in diesem Einkommenssegment geführt. Die Tarifverträge sehen in maßgebenden Branchen einen geringeren Einstiegslohn vor und kommen nicht mehr zur Anwendung, werden teils nicht mehr verhandelt. „Dies hat in einzelnen Wirtschaftsbranchen zu einem Rückgang an realen Lohnverhandlungen geführt“. (WSI-Nachrichten 7/2003)

Beispiel Großbritannien: Wie in Deutschland waren in Großbritannien die Gewerkschaften mit dem Argument, Tarifverträge würden einen besseren Standard ermöglichen, gegen die Einführung von Mindestlöhnen. Die Maßnahmen der Thatcher-Regierung und die steigende Arbeitslosigkeit Ende der 80er Jahre in Verbindung mit einem Rückgang der Tarifbindung von knapp 50 auf 20% führten zu einer Neupositionierung.

In Großbritannien arbeiten ca. 1,5 Millionen Menschen für den Mindestlohn, der derzeit 4,50 Pfund die Stunde beträgt. Es wird davon ausgegangen, dass unmittelbar nach der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes im Jahre 1999

der Regierung nach Konsultation der Sozialpartner festgelegt. Eine Überprüfung findet jährlich unter Berücksichtigung der erwarteten Preissteigerung statt.

Spanien:

a) Es ist ein Tagelohn von 15,04 und ein Monatslohn von 451,20 festgelegt.

b) Ebenfalls von der Regierung nach Konsultation der Sozialpartner festgelegt. Jährlich Überprüfung unter Berücksichtigung der erwarteten Preissteigerung.

Großbritannien:

a) In Abhängigkeit vom Alter und der Beschäftigungsdauer beträgt der minimale Stundenlohn zwischen 5,31 und 6,64.

b) Anhebungen werden von der Regierung auf Vorschlag aus der Mindestlohnkommission (Low Pay Commission) und Konsultation der Sozialpartner vorgenommen.

Die Lohnniveaus variieren stark, teils bedingt durch ihre historische Funktion. Beispielsweise wurde der Mindestlohn in Spanien ursprünglich als Unterhaltszuschuss gedacht (und hat sich etwa um ein Drittel des Durchschnittslohn von Vollzeitarbeitern bewegt), im Gegensatz zu einer „Anstandsschwelle“ für den Le-

bensunterhalt in Frankreich (zwei Drittel des Durchschnittslohnes darstellend).

Meist gelten die Mindestlöhne für alle Beschäftigten, für Jugendliche werden oft Prozentsätze des Mindestlohnes festgelegt. In Griechenland und England sind Jugendliche unter 18 Jahren nicht berücksichtigt. Derzeit wird in England diskutiert, ob Heimarbeiter einbezogen werden sollen.

In den anderen sechs EU-Staaten werden die Mindestlohnbedingungen durch kollektive Tarifverträge gesetzt. Zu beachten ist, dass in den meisten Ländern (Dänemark 60-80%, andere 85-100%) die Rate der dadurch erfassten Beschäftigten höher liegt als in der Bundesrepublik Deutschland (63% Westdeutschland, 45% Ostdeutschland).

Neben den Mindestlohngesetzen gibt es in zwölf EU-Mitgliedsstaaten Verfahren zur Ausdehnung der tariflichen Regelungen auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die nicht zu den Tarifparteien zählen (Allgemeinverbindlicherklärung). Belgien, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden, Portugal und Spanien gibt es eine mehr oder weniger ausgeprägte Praxis der Allgemeinverbindlicherklärung.

(Quelle: Minimum wage rates across the EU; aus: Income Data Service – Employment Europe 497, May 2003. Eigene Übersetzung – rog)

etwa 1,3 Mio. Menschen einen Anspruch auf höhere Löhne erwarben. „Am deutlichsten wirkte sich die Einführung des Mindestlohnes auf Teilzeitbeschäftigte, Frauen, Beschäftigte im Hotel- und Gaststättengewerbe sowie Beschäftigte in Kleinbetrieben, ethnischen Minderheiten und Heimarbeiter aus.“ (WSI-Mitteilungen 7/2003) Es wird allgemein anerkannt, dass die Einführung des Mindestlohnes keine negativen Beschäftigungseffekte hatte.

Bezüglich der Tarifbindung wird eine weitere Erosion konstatiert, insbesondere in den Branchen, in denen der Mindestlohn besonders gegriffen hat. Andererseits hat sich die gesetzliche Maßnahme als gute Grundlage für Tarifierhöhungen in den Sektoren gezeigt, in denen Tarife existieren und es gibt die Tendenz einer Ballung von Beschäftigten etwa 10% über dem Mindestlohn, da Unternehmen nicht als „minimum wage employer“ gelten wollen.

Vor dem Hintergrund der europäischen Erfahrungen hat der EMB 1998 in einer tarifpolitischen EntschlieÙung eine Orientierung auf Mindestlöhne vorgenommen. „Der EMB strebt die Festlegung von europäischen Mindeststandards an, die schrittweise angehoben werden. Die EMB-Gewerkschaften werden sich auf Mindeststandards in den Bereichen Flexibilisierung, Entlohnungszuwachs, Mindestlohn, Lohnfortzahlung u.a. verständigen.

Bei der Festsetzung dieser Mindeststandards gilt die Regel, dass das von Vollzeitbeschäftigten erzielte Mindesteinkommen die volle Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben des jeweiligen Landes gewährleisten muss. Der Mindestlohn/-gehalt muss ein klar definierter relativer Standard sein.“ (<http://ig-metall.de/betriebsraete/eurobr/entschliessung.html>) Es bleibt jedoch offen, ob dies über Tarife, über Allgemeinverbindlicherklärungen oder auch über Mindestlohngesetze erzielt werden soll.

Grundlegende Einwände und mögliche positive Effekte

Wie weiter oben beschrieben, verbleiben in der Bundesrepublik die Gewerkschaften überwiegend in ihrer ablehnende Haltung gegenüber gesetzlichen Mindestlöhnen. Zentrales Argument ist, die Tarifaufonomie würde über gesetzliche Eingriffe ausgehebelt. Es wird gefragt, warum etwas über Gesetze erreicht werden sollte, das über Tarifverträge nicht durchzusetzen sei. Die Schwächung der Tariffähigkeit der Gewerkschaften wird vermutet, und das Argument findet tatsächlich auch Anhaltspunkte in den Erfahrungen anderer Länder.

Der Kern dieser Argumente übersieht jedoch auch verschiedenes. Die Tarifaufonomie ist ein eigener Zweck als demokratisches Grundrecht, verbunden mit dem Streikrecht. Sie ist aber auch ein Instrument zu dem Zweck, die materiellen Lebensbedingungen der Beschäftigten

abzusichern. Heute sind die Gewerkschaften in wachsenden Bereichen nicht (mehr) in der Lage, Tarife durchzusetzen. Die Tarifbindung nimmt weiter ab. In der Diskussion der IG Metall wird z. B. übersehen, dass im Bereich Textil oder in verschiedenen Handwerksbranchen die Durchsetzungsfähigkeit im eigenen Organisationsbereich schwer angeschlagen ist. So liegt *Die Zeit* dann auch nicht ganz falsch, wenn sie urteilt: „Schon lange sind die Gewerkschaften zu schwach, den Trend zu immer mehr working poor zu stoppen“. (*Die Zeit*, Nr. 10 v. 26.2.2004)

Im Selbstverständnis der Gewerkschaften setzen Tarifverträge Mindeststandards für die materiellen Arbeitsbedingungen. Und tatsächlich haben in der Vergangenheit, immer wieder bedingt durch Marktentwicklungen, Konjunkturen einzelner Branchen, technologische Entwicklungen oder die Marktstellung einzelner Unternehmen, die gewerkschaftliche Kampfkraft oder anderes, Bewegungen stattgefunden, in denen Lohnstandards weit nach oben gerückt werden konnten. Wenn dies immer weniger der Fall ist und eine Tendenz eintritt, in der Abweichungen weitgehend nur noch nach unten stattfinden, verliert das Argument, die Tarifaufonomie sichere den Absturz nach unten, seine Legitimation. Die Forderung von Wiese, die Verantwortung für die Mindestlöhne bei den Tarifvertragsparteien zu belassen, setzt mindestens eine Perspektive voraus, dass die Gewerkschaften in der Lage sind, in den verschiedenen Branchen soviel Kampfkraft zu entwickeln, dass diese Mindestlöhne auch durchgesetzt werden können.

Hier ist nicht nur das Problem des sinkenden Wirkungsgrades von Tarifverträgen angesprochen, sondern auch die tendenzielle Umkehr eines Wirkmechanismus. War es über Jahrzehnte in der Tendenz so, dass die Flächentarife nicht nur in ihrem direkten Geltungsbereich angewandt wurden, sondern für die jeweilige Branche als Orientierung dienten und dadurch den Lohnstandard in den nicht tarifierten Bereichen an das eigene Niveau heranzogen, so findet heute tendenziell der umgekehrte Effekt statt. Von den Rändern der Lohnarbeit wird der Druck auf die tariflichen Standards/ Mindestbedingungen so groß, dass diese nicht mehr gehalten werden können. Insofern ist auch die Aussage in der dokumentierten Bundestagsdrucksache (Frage 12), heute seien für 84% der Arbeitsverhältnisse Tarife direkt oder mittelbar maßgebend, nicht sonderlich aussagekräftig.

Die ebenfalls in der gewerkschaftlichen Diskussion häufig vorgetragene Auffassung, Gesetze könnten keine ausreichenden Standards garantieren, wo dieser über Tarife nicht zu erzielen sei, trifft kaum. Es gibt eine Reihe tariflicher Kernbereiche, in denen eine Koexistenz von Tarif und Gesetz besteht. So beispielsweise bei der Arbeitszeit oder den

Urlaubsbestimmungen. Auch die Perspektive, Mindestbedingungen über die Tarife hinaus mittels des Instrumentes der Allgemeinverbindlichkeit durchzusetzen, scheint derzeit kaum eine ausreichende Perspektive, zumal dieses in der Bundesrepublik traditionell schwache Instrument noch schwächer wird. Waren 1991 5,4% aller Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt, so sank die Zahl bis 2002 auf 2,5% – Vergleich: Frankreich über 50%.

Ein weiteres Argument gegen die Einführung gesetzlicher Lohnstandards dreht sich um die Frage der Bevormundung und in der Folge um eine unterstellte demobilisierende Wirkung. Kritisiert wird die Haltung: „alles Gute kommt von oben“. Das Eintreten für eigene Belange und auch die Möglichkeit, auf Besonderheiten einzelner Branchen zu reagieren, wird in diesem Zusammenhang betont.

Diese Argumente sind zu beachten; aber das aufgemachte Widerspruchspaar ist auch nicht ohne Brisanz. Die gleiche Figur wird von konservativer Seite ins Spiel gebracht, wenn im Bereich der Betriebsverfassung die individualrechtlichen zuungunsten der kollektivrechtlichen Seite oder in Sachen Tarifaufonomie die betriebliche Regelungsebene zuungunsten des Flächentarifs gestärkt werden soll.

Das Verständnis eines Mindeststandards, ob in Form eines Gesetzes oder eines Tarifs, sollte jedoch genau nicht ausschließen, eine öffentliche Debatte über Modifizierungen der jeweiligen Standards zu führen.

Vor allem bleibt dennoch zu betonen, dass das Instrument des Tarifs wachsenden Teilen der Lohnarbeit nicht zur Verfügung steht. Statt eines demobilisierenden Effektes könnte in diesen Sektoren sogar ein mobilisierender entstehen. Mobilisieren könnte eine gesellschaftliche Diskussion um Mindestarbeitsentgelte neben den nicht durch Tarife abgedeckten Branchen auch die Arbeitslosen und ihre Initiativen, die Sozialhilfeempfänger usw. Im Effekt wäre durchaus ein positiver Beitrag zur Legitimation gewerkschaftlicher Lohnforderungen in der öffentlichen Meinung möglich, wie es sich auch in anderen Ländern zeigt.

Am Ende wäre über diese Art der gesellschaftlichen Diskussion von Mindeststandards noch am ehesten eine Debatte über das historische Niveau des Werts der Ware Arbeitskraft als Begründung für die geforderte Lohnhöhe möglich. Eine Betrachtung und ein Argumentationsstrang, der in tarifpolitischen Diskussion der Gewerkschaften seit geraumer Zeit zugunsten der Beschäftigungspolitik blockiert ist bzw. brach liegt.

rog

1 Christian Ragacs : Mindestlöhne und Beschäftigung: Ein Überblick über die neuere empirische Literatur. S. 5, Wien 2003

2 Ebd.: S. 9

„Wandel der Arbeitswelt und Modernisierung des Arbeitsrechts“

Am 19. April veröffentlichte die Bundesregierung ihre Antwort auf eine Kleine Anfrage von Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion zum „Wandel der Arbeitswelt und des Arbeitsrechts“. In 24 Einzelfragen wird die gesamte Tätigkeit der Bundesregierung im Bereich der Arbeitsmarktreulation und des Arbeitsrechtes (Kündigungsschutz, Teilzeitarbeit, Tarifautonomie) und die Veränderungen in den Arbeitsverhältnissen (Abfrage statistischer Erhebungen) abgefragt. Letztlich soll die in der Vorbemerkung aufgeworfene Frage, ob eine „Erosion des Normalarbeitsverhältnisses“ stattfindet, beantwortet werden und, inwieweit die Bundesregierung doch noch einen Eingriff in die Tarifautonomie plant.

Die Antworten geben teilweise Aufschluss über die Entwicklung von Beschäftigungsverhältnissen, die als prekär bezeichnet werden und die mindestens die Gefahr von Armutslöhnen beinhalten. Im Anhang sind alle Verbandstarifverträge mit Stundenlöhnen unter 6,00 dokumentiert. Das gesamte Feld von Armutslöhnen außerhalb der Tarife ist hier gar nicht erfasst. Die tariflichen Regelungen beziehen sich ganz überwiegend auf Jugendliche unter 18 Jahren, aber immer wieder finden sich Tätigkeiten ohne

Bezug auf das Alter. Und spätestens mit den Tarifverträgen für die Zeitarbeitsbranche werden Hunderttausende in Richtung dieses Niveaus gedrückt.

Aus der Bundestagsdrucksache 15/2932:

4. Wie groß ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Teilzeitbeschäftigten ? ...

Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an der Gesamtzahl der abhängig Erwerbstätigen betrug 21,4% im Jahre 2002. Die Teilzeitquote ist in den letzten Jahren stetig angestiegen, besonders seit Inkrafttreten des Teilzeit- und Befristungsgesetzes (TzBfG) im Jahre 2001 (1999: 19,5%, 2000: 19,8%, 2001: 20,8%, 2002: 21,4%) ...

Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten beträgt gegenwärtig 14,47 Stunden.

5. Wie groß ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in Zeitarbeitsfirmen beschäftigt sind ? ...

Im Jahre 2002 betrug der Anteil der Leiharbeiter an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1,22%. Die Quote der Leiharbeiter hat sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt: 1999: 1,04%, 2000: 1,22%, 2001: 1,28%, 2002: 1,22%.

6. Wie groß ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die befristet beschäftigt sind ? ...

Im Jahr 2002 hatten befristete Arbeitsverhältnisse einen Anteil von 7,5% an den bestehenden Arbeitsverhältnissen (6,8% in den alten Bundesländern, 11% in den neuen Bundesländern). Die Be-

fristungsquote ist in den letzten Jahren im Wesentlichen gleich geblieben: 1999: 8,3%, 2000: 8%, 2001: 8%, 2002: 7,5%.

12. Welche Informationen liegen der Bundesregierung zur Tarifbindung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vor – insgesamt sowie differenziert nach privater Wirtschaft und öffentlichem Dienst ? ...

Der Bundesregierung liegen zur tatsächlichen Tarifbindung die Ergebnisse der jüngsten Erhebung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit für das Jahr 2002 vor (IAB-Betriebspanel). Diese Erhebung hat u. a. folgendes ergeben:

- In Westdeutschland arbeiten 62,9% der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Betrieben mit Bindung an einen Verbandstarifvertrag und 7,1% in Betrieben mit Firmentarifverträgen.
- In Ostdeutschland arbeiten 42,7% der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Betrieben mit Bindung an einen Verbandstarifvertrag und 11,8% in Betrieben mit Firmentarifverträgen.

Damit sind in Westdeutschland 70,0% und in Ostdeutschland 54,5% – das sind für Deutschland insgesamt rund 68% – aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei tarifgebundenen Arbeitgebern beschäftigt. Außerdem zeigen die Ergebnisse des IAB-Betriebspanels 2002, dass sich auch nicht tarifgebundene Unternehmen in Westdeutschland mit etwa 15,5% und in Ostdeutschland mit etwa 23,7% der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am einschlägigen Tarifvertrag orientieren. Daraus ergibt sich, dass für die Arbeitsverhältnisse von rund 84% (2001 = 85%) aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland Tarifverträge vollständig oder überwiegend maßgebend sind. Nach Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst differenzierte Ergebnisse liegen nicht vor. Die Bundesregierung nimmt jedoch an, dass bei Bund, Ländern und Gemeinden die Anwendung des jeweiligen Tarifvertrages grundsätzlich einzelvertraglich vereinbart wird.

15. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Höhe der Arbeitsentgelte (Stundenentgelte) vor?

Wie viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer befinden sich nach Kenntnis der Bundesregierung in den folgenden Verdienstklassen: bis 3,50 Euro/Stunde; 3,51 bis 5 Euro/Stunde; 5,01 bis 7 Euro/Stunde; 7,01 bis 9 Euro/Stunde; 9,01 bis 11 Euro/Stunde?

... gibt es eine Auswertung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit nach dem Stand vom 31. Dezember 2003 über tarifvertraglich vereinbarte Stundenentgelte bis zu 6 Euro aus sämtlichen rund 2.800 gültigen Verbands-Entgelttarifverträgen aller Wirtschaftszweige und Bundesländer. Daraus ergibt sich u. a., dass in mehr als 130 Tarifverträgen Stundenlöhne bzw. auf die Stunde umgerech-



nete Monatsgehälter bis zu diesem Betrag vorgesehen sind. Diese Arbeitsentgelte sind zwar oft nur für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einfachen Tätigkeiten im Alter von unter 18 Jahren vorgesehen. Vereinzelt gibt es aber auch Entgelte in dieser Größenordnung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit abgeschlossener Berufsausbildung bzw. für Ungelernte ohne Rücksicht auf das Lebensalter. Mangels entsprechender Statistiken liegen jedoch keine Erkenntnisse über die Anzahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor, die in diesen tariflichen Entgeltgruppen bis zu 6 Euro beschäftigt sind.

(Die Übersicht ist als Anlage beigelegt. Darin finden sich folgende Branchen: Landwirtschaft und Weinbau; Forstwirtschaft und private Forstbetriebe; Gartenbau; Bergbau; Steine und Erden; Kraftfahrzeuggewerbe; Metallhandwerk; Elektrohandwerk; Sanitär-, Heizungs-, Klimatechnik; Holzwirtschaft; Leder- und Schuhwaren; Textil und Bekleidung; Nahrung und Genuss; Baugewerbe; Handel (Floristik); Hotel- und Gaststättengewerbe; Friseurhandwerk; Gebäudereinigerhandwerk; Zeitarbeit; Wach- und Sicherheitsgewerbe; Privathaushalte – rog)

18. Hält die Bundesregierung das derzeit vorhandene rechtliche Instrumentarium zur Absicherung von Mindestarbeitsbedingungen für ausreichend?

Gibt es in der Bundesregierung Überlegungen, unter bestimmten Bedingungen einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen?

Sind nach Auffassung der Bundesregierung für bestimmte Wirtschaftszweige bzw. Beschäftigtengruppen die Voraussetzungen für die Anwendung des Gesetzes über die staatliche Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen gegeben?

Die Bundesregierung hält das derzeit vorhandene rechtliche Instrumentarium zur Absicherung von Mindestarbeitsbedingungen für ausreichend. Es besteht die in der Antwort auf Frage 12 dargestellte hohe Bindung an Tarifverträgen aufgrund der Mitgliedschaft der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in den tarifabschließenden Verbänden bzw. durch einzelvertragliche Bezugnahme. Darüber hinaus gibt es das Instrument der Allgemeinverbindlicherklärung nach § 5 Tarifvertragsgesetz, von dem allerdings nur zurückhaltend Gebrauch gemacht wird. Nur rund 0,8% aller gültigen Tarifverträge sind derzeit allgemeinverbindlich. Darüber hinaus werden Mindestlohntarifverträge nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz auch durch Rechtsverordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit für verbindlich erklärt.

In der Bundesregierung gibt es gegenwärtig keine Überlegungen, einen allgemein geltenden, gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Es besteht zwar das

Gesetz über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen vom 11. Januar 1952. Dieses Gesetz räumt aber der Regelung von Entgelten und sonstigen Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge den Vorrang ein und lässt die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen nur unter bestimmten Voraussetzungen zu, u.a., wenn eine Regelung von Entgelten oder sonstigen Arbeitsbedingungen durch Allgemeinverbindlicherklärung eines Tarifvertrages nicht erfolgt ist. Dieses Gesetz ist bisher nicht angewandt worden. Auch für bestimmte Wirtschaftszweige und Beschäftigungsarten sind die Voraussetzungen für die Anwendung des Gesetzes über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen nicht gegeben.

22. Wie bewertet die Bundesregierung die im Jahre 2004 bereits erfolgten Tarifabschlüsse?

Geht die Bundesregierung nach dem derzeitigen Verlauf der Tarifrunde davon aus, dass die Ergebnisse von Tarifverhandlungen im Bereich von Öffnungsklauseln bis Ende 2004 so zufriedenstellend sein werden, dass sich ein Handeln des Gesetzgebers zur Ermöglichung betrieblicher Bündnisse für Arbeit – das laut Verabredung im Zusammenhang mit dem Vermittlungsverfahren zwischen dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat im Dezember 2003 von den Ergebnissen der diesjährigen Tarifrunde abhängig gemacht werden soll – erübrigt?

Die Tarifrunde des Jahres 2004 steht noch am Anfang, wenn auch bereits einer der bedeutendsten Tarifbereiche, die Metall- und Elektroindustrie, abgeschlossen hat. Ohne den bewährten Grundsatz aufzugeben, die Tarifabschlüsse nicht im Einzelnen zu kommentieren, kann dennoch gesagt werden, dass der Metallabschluss insgesamt positiv zu bewerten ist, insbesondere, weil weitere Öffnungen und Flexibilisierungen verabredet wurden, die den Betrieben größeren Handlungsspielraum einräumen als bisher.

23. Schließt die Bundesregierung es definitiv aus, dass sie eine Änderung des tarifvertragsgesetzlichen Günstigkeitsprinzips (§ 4 Abs. 3 TVG) und/oder der Tarifsperre im Betriebsverfassungsgesetz (§ 77 Abs. 3 BetrVG) im weiteren Verlauf der 15. Wahlperiode des Deutschen Bundestages noch für erforderlich halten wird?

Die Bundesregierung kann die Notwendigkeit bestimmter Maßnahmen bis zum Ende der 15. Wahlperiode des Deutschen Bundestages auf keinem Feld der Politik ausschließen. Es ist jedoch die erklärte Absicht der Bundesregierung, das Günstigkeitsprinzip (§ 4 Abs. 3 TVG) und die Tarifsperre im Betriebsverfassungsgesetz (§ 77 Abs. 3) nicht zu ändern.

(Quelle: Deutscher Bundestag – Drucksache 15/2932 – Kleine Anfrage von Abgeordneten der Fraktion der CDU/CSU, Wandel der Arbeitswelt und des Arbeitsrechts)

Leseempfehlung

Nomad McGuinness, die wahre Geschichte eines irischen Glücksmatrosen

Die sonderbaren Kurse eines seefahrenden Proletariats aus Nordirland. Zu einem Buch von Sean McGuffin und Joseph Mulheron

Charles, genannt Nomad McGuinness (1893 bis 1947), war ein rechter Halunke. Ire aus Derry und bereits im Alter von 15 Jahren Seemann. Er versuchte sich mit wechselhaftem Erfolg als Pirat, Söldner, Rumschmuggler, war Teilnehmer an einer Polarexpedition und war sogar ziemlich erfolgreich als Waffenschmuggler der IRA. Unglaublich, aber wahr, überlebte er Krieg, politische Wirrnisse und einige Schiffbrüche. Er schrieb über sein abenteuerliches Leben, sehr großspurig und immer hart an der Kante zur Wahrheit, bereits als er noch mittendrin steckte, und litt zu Lebzeiten bestimmt nicht unter Minderwertigkeitsgefühlen. Er war ein Aufschneider und dabei tat ziemlich wenig, sein Licht in den Schatten zu stellen. Er zeigte totale Unerschrockenheit und todesverachtenden Mut im irischen Befreiungskampf, genauso wie in einer ordentlichen Kneipenschlägerei. Kurz, er ging keinem Clinch aus dem Weg.

Um Nomad McGuinness reimten sich viele Geschichten, Legenden und vor allem viele Widersprüchlichkeiten. Das Autorengespann McGuffin und Mulheron scheute scheinbar keine Mühe, die wahre Geschichte des irischen Glücksmatrosen zu erzählen, so gut das nach über fünf Jahrzehnten und seinem ungeklärten Verschwinden noch möglich war.

Allem Anschein nach ist seine Legende noch immer lebendig im besetzten Norden Irlands. So widersprüchlich Nomad auch war, mit Sicherheit auch kein einfacher oder angenehmer Zeitgenosse, erfährt der Leser reichlich über die Zeit, in der er lebte, über das Fernweh nach exotischen Schauplätzen, einem ganz anderen Leben, wild und frei, wie es ein normaler Sterblicher unter dem ewig verregneten Heimathimmel, so trüb, grau, eng und puritanisch wie die (anhaltende) englische Kolonialherrschaft nicht erfahren durfte.

Junge proletarische Ausreißer wollen hinaus, sich bewähren, die Welt kennen lernen und sie natürlich verändern. Das waren wirklich andere Zeiten, und es war so ziemlich anders als in den 60 und 70ern, wo man unter Umständen als Hippie die Dritte Welt heimsuchen konnte, oder heute, in einem organisiertem Abenteuerurlaub. Damals brauchte niemand einen Bungiesprung oder neumodischen Extremsport betreiben, der Adrenalin-kick lauerte an jeder Ecke. Das Leben an sich und die industrielle Arbeit, an Land

und besonders auf See, waren hochgefährlich. Und politische Arbeit und Aktion sowieso. Den zur Arbeit verdammten Menschen damals, die kaum jemals zu Lebzeiten über den eigenen Kirchturm hinausschauen durften, war die Welt wirklich noch fremd und geheimnisvoll, und das Schiff war das einzige Transportmedium des Transports von Menschen und Waren nach Übersee. Ein großer Teil davon war noch lange unter Segeln, obwohl es schon lange die Dampfmaschine gab und erste Verbrennungsmotoren ihren Einzug hielten. Die Besatzungsstärken damals waren allein schon deshalb größer, weil es überhaupt nicht sicher war, ob alle je zurückkamen.

Kurz, es war eine andere Zeit, wo man sich den fernen exotischen Zielorten unter vielen Gefahren und Umständen nähern musste, als heute, wo man jedes Ziel der Erde maximal innerhalb eines Tages erreichen kann und überall auf einen medizinischen Mindeststandard trifft. Auszehrung (Skorbut) und tropische wie allgemeine Infektionskrankheiten waren in der Regel ein Todesurteil. Die Zuführung von See-Arbeitern erfolgte vor Ort. Es war unmöglich, ausreichend qualifiziertes Personal per Kontingent mal eben von den Philippinen um die Welt zu fliegen, um ein Schiff zu besetzen. Überall in den Häfen der Welt lungerten Matrosen, Heizer oder Kapitäne und Schiffsoffiziere herum oder solche, die sich dafür ausgaben, um sich anzudienen. So wanderten Heerscharen proletarischer Seeleute und auch Führungspersonal um die Welt, verbrachten so manch lange Durststrecke und Abenteuer vor Ort, bevor sich vielleicht wieder eine Gelegenheit ergab, sich zum nächsten, zufälligen Bestimmungsort rüberzuarbeiten.

Das war die Welt auch des Nomad McGuinness. Der sich, nicht unüblich und mit zweifelhaften Zertifikaten oder Fälschungen, nach einigen Jahren Captain nannte. Als solcher und mit seiner angeborenen Großzügigkeit erwies er sich auch als erfolgreichster Waffenschmuggler der IRA und kam als Mann für besondere Verwendung in die besondere Verfügung der geheimen IRA-Führung, war unter anderem beteiligt an diversen erfolgreichen Gefangenenbefreiungen und vielen anderen mehr oder weniger erfolgreichen verdeckten Operationen. Gegen Ende seiner belegten „wahren Geschichte“ finden wir ihn aber eher in der Nähe der irischen Faschisten, die auch fleißig in Kontakt waren mit Nazi-Deutschland und unter anderem im spanischen Bürgerkrieg eine klägliche Rolle spielten. Auf Seiten der Interbrigaden nahm übrigens ein außerordentlich großes Kontingent von Seeleuten aus aller Welt teil. Er selber aber wurde weder richtiger Faschist noch Kommunist. Vom wahren Leben pur hatte er eher Schwierigkeiten mit Leuten, denen er wohl unterstellen musste, dass es gerade schick war, sich als Revolutionär zu geben, inklusive Outfit.

Zum Autor

McGuffin, Sean

Sean McGuffin wurde 1942 in Belfast geboren. Er bezeichnet sich selbst als Republikaner, Anarchist, intellektueller Rowdy und Schriftsteller. Nach zeitweiliger Internierung durch die britische Armee emigrierte er Anfang der 80er Jahre nach Amerika und eröffnete dort eine Anwaltskanzlei. Vor kurzem ist er in seine Heimat zurückgekehrt.

Mulheron, Joseph

Joseph Mulheron, geboren in Belfast, lebt in Derry, wo er die Bar namens Sandino's betreibt; Songwriter, Gründer und Sänger der legendären nordirischen Rebelsongcombo „People of No Property“.

Dabei mag er auch dem ein oder anderen Aufrichtigen schwer vor den Kopf gestoßen haben. So waren seine kurzen Zwischenspiele bei den Internationalen Brigaden wie zuvor als Hafenmeister oder in ähnlicher Funktion in der Sowjetunion davon gekennzeichnet, dass er sich am falschen Ort zur falschen Zeit fühlte und vor allem in der falschen Umgebung. Er hatte erkennbare Probleme mit seinem proletarischen Bewusstsein und mit den natürlichen Widersprüchen bei sozialen Umwälzungen. Dafür war er wahrscheinlich wirklich unbrauchbar, und am Ende bestätigt sich der Verdacht, dass seine Unerschrockenheit, sein Mut bis zur Todesverachtung doch nicht zu viel mehr geeignet war als zur Umsetzung krimineller Energie, und so richtete er seine eigentlichen Interessen immer wieder auf Schmuggel, Piraterie und Schatzsuche.

Nüchtern ist am Ende des Buches das Fazit des Autorenduos, Nomad ist ein Kind seiner Zeit, er ist weder zu verdammen, noch darf man ihn in den Himmel loben. Es gab derer viele, die vielleicht durch Zufall an der ein oder anderen richtigen Sache zur rechten Zeit zur Stelle waren und umgekehrt dabei mehr als ihr Bestes gaben. Zum Nutzen und oft zum Schaden einer guten Sache. Die Verhältnisse seiner Zeit hat er manchmal mit großer Klarheit durchschaut und dann wieder aus individueller Sicht total fehlinterpretiert. Aber wer ist darüber erhaben?

Ein lesenwertes Buch, allein wegen der historischen Anhänge und des Versuchs, ein durchaus besonderes menschliches Schicksal von allen Seiten zu erforschen. Allein die letzten Kapitel, wo es um seine wirklichen seemännischen Fähigkeiten (es baute mehr als einen Schiffbruch oder vernavigierte sich bös), seine Weltanschauung und seine Rolle als Familienvater ging (er ließ Frau und Kind ohne einen Cent zurück), runden das Bild ab. Nomad McGuinness ging offiziell unter, als Schiffsführer, beim Untergang des Schoners „Isallt“, 1947, bei den Ballemoney Rocks. Es bleiben Zweifel, ob es

sich bei der ganzen Aktion um einen Versicherungsbetrug plus entsprechender Absatzbewegung des Nomad McGuinness handelte oder die Vorgänge um die Strandung so waren, wie sie offiziell zur Kenntnis genommen wurden.

Es soll noch immer Leute in Derry geben, die darauf schwören, dass er eines Tages wieder auftaucht. Die See gibt selten ihre Beute zurück, und auf einem Seemannsgrab blühen keine Rosen. Die Legende Nomad McGuinness lebt weiter.

Schade, dass Sean McGuinness, einer der Co-Autoren, bereits am 28. April 2002 starb, soweit man dem Internet entnehmen konnte, war sein Leben kaum viel weniger abenteuerlich, und ein Nachruf plus Foto findet sich auf der Homepage des Fanclubs des FC St. Pauli. Das Buch über Nomad McGuinness war auch seine letzte Arbeit, alles was man über den Autor erfahren konnte, macht Lust auf mehr.

gal
Nomad Mc Guinness. Die wahre Geschichte eines irischen Glücksmatrosen, Edition Nauutilus, ISBN 3-89401-423-7, 16,90 Euro

Allen Dulles und sein „wichtigster Spion“

Er hieß Fritz Kolbe, ein subaltern deutscher Diplomat. Kolbe war seit 1939 Referent im Büro des Verbindungsmannes des Auswärtigen Amtes zum Oberkommando der Wehrmacht, bei Sonderbotschafter Karl Ritter. In diesem Büro liefen u.a. alle Telegramme der deutschen Botschaften zusammen. Im Lauf der Jahre erhielt Kolbe Kenntnis von zahlreichen Verbrechen hinter den Fronten. Als deutscher Patriot mit menschlichem Gewissen wollte und konnte er sie nicht mehr für sich behalten. Während einer Dienstreise als Sonderkurier in die Schweiz nahm er Verbindung mit dem amerikanischen Nachrichtendienst OSS auf. Allen Dulles gab ihm den Decknamen „George Woods“ und der dem Spionagechef für Europa gleich ein ganzes Bündel Dokumente aus der Wilhelmstraße. Die meisten davon wurden dem US-Präsidenten Roosevelt zugeleitet. Bis zum Kriegsende waren es immerhin 2600 der geheimsten Unterlagen des „AA“. Kolbe gelang es nach dem Krieg, in die Schweiz zu emigrieren, wo er 1971 an Krebs verstarb. Lucas Delattre, der als einziger Historiker Zugang zum Privatarchiv von Kolbe hatte, schrieb jetzt ein Aufsehen erregendes Buch.

Franz-Karl Hitze



Lucas Delattre: „Fritz Kolbe. Der wichtigste Spion des Zweiten Weltkrieges“/ Piper Verlag München 2004, geb., 386 Seiten, Preis 22,90 Euro ISBN 3-492-04589-8

21./22. Mai, Marburg: *Euro-Imperialismus?* Die Konflikte in den transatlantischen Beziehungen, Strategien eines „Kerneuropa“, die EU-Osterweiterung und die Verhältnisse zwischen den Triademächten und der Peripherie sind Themen, die im Institut für Politikwissenschaften der Uni Marburg in einem Workshop zum Thema „Euro-Imperialismus?“ diskutiert werden sollen. Ort: Wilhelm-Röpcke-Str. 6, Raum B 510. Träger sind die Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaft (FEG), WISSENTransfer und die Rosa-Luxemburg-Stiftung. ReferentInnen: Peter Gowan (Großbritannien), Armando Fernández Steinko (Spanien), Hans-Jürgen Bieling, Joachim Bischoff, Dieter Boris, Frank Deppe, Otto Holmann, Ingo Malcher, Ingrid El Masry, Paul Schäfer und Ingo Schmidt. Die Aktualität der Imperialismustheorie steht dabei ebenso auf der Tagesordnung wie das Verhältnis der politischen Linken zum EU-Integrationsprozess. Anmeldungen an WISSENTransfer: buero@wissenstransfer.info; Tel. 0172-4347575

23. Mai: Bundespräsidentenwahl

Mittenwald, 29./30. Mai: *Protestaktionen gegen die Traditionspflege der Gebirgsjäger*

Samstag, den 29. Mai 2004: 11.00 Demonstration ab Bahnhof durch Mittenwald

15.00 bis 18.00 Uhr Veranstaltung mit Beiträgen zu den NS-Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger in Frankreich, Italien und Griechenland. Angefragt sind u.a. Manolis Glezos (Athen), Vertreter aus Lingiades (Griechenland) Vercors (Frankreich)

Sonntag, den 30. Mai 2004: ab 9 Uhr Kundgebung gegen das Pfingsttreffen am Hohen Brendten.

VeranstalterInnen sind der AK Angreifbare Traditionspflege und die VVN-BdA. Zur Mobilisierung gibt es Plakate und den Aufruf. Wir bieten auch ReferentInnen für Mobilisierungsveranstaltungen mit Filmchen und historischen Hintergrundinformationen an. Außerdem fährt von Wuppertal und von Bremen (?) auch wieder ein Bus. Meldet euch schnell an bei angreifbare.tradition@freenet.de

4./5. Juni, Cottbus: *Wissenschaft und Innovation – Zukunftspotenzial der Europaregion Berlin-Brandenburg.* 4. John-Desmond-Bernal Tag. Eine Veranstaltung u.a. der Rosa-Luxemburg-Stiftung. 4.6. ab 10.00, 5.6. bis 16.00 Uhr. BTU, Hörsaal A, Universitätsplatz 3, 03044 Cottbus, Teilnahmebeitrag: 35 / 25 mit Ü; 15 / 10 ohne Ü. Kontakt: Dr. Klaus Meier, Tel:030 44310145

5. Juni, Köln: *STOP THE WALL.* Veranstalter der Konferenz sind u.a. die Palästinensische Gemeinde Deutschland und Gush Shalom Deutschland. 1. Teil: Aktuelle Situation des Mauerbaus in Palästina und die Auswirkungen, u.a. mit Hasan Ayoub, Verantwortlicher des Forschungsinstituts für Siedlungspolitik und Mauerbau in Palästina, und Moshe Zuckermann, Leiter des Instituts für Deutsche Geschichte an der Universität Tel-Aviv. 2. Teil: Perspektiven für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel, u.a. mit Dr. Salman H. Abu Sitta, Koordinator des Komitees zum Schutz des Rückkehrrechtes des palästinensischen Volkes, Prof. Amnon Raz-Krakotzkin, Jewish Studies Ben-Gurion-University, derzeit Fellow am Wissenschaftskolleg Berlin, Noah Salameh, Leiter des Zentrums für Konfliktlösung und Versöhnung in Bethlehem, Amos Gvirtz, Israelisches Komitee gegen die Zerstörung von Häusern. 3. Teil: Verantwortung Deutschlands und Europas im israelisch-palästinensischen Konflikt, mit Felicia Langer, Rechtsanwältin und Autorin, Dr. Norbert Blüm, Bundesminister a.D., Vertreter/in der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost, EJJP. 4. Teil: Kampagnen und Aktionen – was tun? Mit Sharif M. Omar Khaled, PENGON (Palestinian Environmental NGOs Network)/Anti-Apartheid Wall Campaign, israelische/r Kriegsdienstverweigerer/in (angefragt), Heidi Niggemann, International Solidarity Movement ISM

11-19 Uhr, Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, Köln

Außerdem findet eine antideutsche Gegenkundgebung statt.

5. Juni, Stuttgart: *Treffen des Friedensplenums BaWü,* 14 Uhr, Stuttgarter Friedensbüro, Spreuergasse 45 (Stg-Bad Cannstatt, Eingang Finstermünzgasse) Kontakt: Friedensnetz Baden-Württemberg, Spreuergasse 45, 70372 Stuttgart, Tel.: 0711/6071786, Fax: 0711/600718 E-Mail: buero@friedensnetz.de Internet: <http://www.friedensnetz.de>

8.-10. Juni: *G8-Gipfel,* u.a. zum Nahostplan

13. Juni: *Verschiedene Wahlen:* Europawahl; Landtagswahl in Thüringen; Kommunalwahlen in: Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen. Volksentscheid über neues Wahlrecht in Hamburg.

15. Juni, Berlin: *Vorstellung des „Friedensgutachten 2004“* – Jahrbuch der fünf führenden deutschen Friedensforschungsinstitute – mit den Herausgeber des Friedensgutachtens: Dr. Christoph Weller (Institut für Entwicklung und Frieden, Duisburg), Dr. Ulrich Ratsch (Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Heidelberg), Dr. Reinhard Mutz (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg) und Dr. Bruno Schoch (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung,

Frankfurt) und Dr. Corinna Hauswedell (BICC), Bundespressekonzferenz, Schiffbauerdamm

17.-18. Juni: *EU-Gipfel,* u.a. ebenfalls zum Nahost-Plan

18. – 20. Juni, Freiburg: *Jahreskongress der Bundesarbeitsgemeinschaft der kritischen Juragruppen (BAKJ),* Infos: <http://www.akj-freiburg.de> Kontakt: Bundesarbeitsgemeinschaft der kritischen Juragruppen (BAKJ) c/o Lena Dammann, Schwenckestr. 74, 20255 Hamburg, E-Mail: bakj@bakj.de Internet: <http://www.bakj.de>

27. Juni: *Kommunalwahl in Thüringen.*

28./29. Juni, Istanbul: *NATO-Gipfel,* u.a. zum Nahost-Plan, und Gegenaktionen

29. Juli bis 1. August: *Linke Sommerschule* der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung in Sondershausen, Thüringen

1. September, Aachen: *Verleihung des „Aachener Friedenspreises“ 2004* an Eren Keskin (Istanbul/Türkei, Menschenrechtsanwältin) und Petersburger Soldatenmütter (Russland), 19 Uhr, Aula Carolina, Pontstraße, Details: <http://www.aachener-friedenspreis.de/preistraeger/2004/2004.html>, VA: Aachener Friedenspreis <http://www.aachener-friedenspreis.de>

2.-3. September, Hamburg: *Stiftungs-Kongress 2004: Leben in der Stadt. Neue Orte, neue Wege, neue Perspektiven.* Stiftung Lebendige Stadt, www.lebendige-stadt.de

5. September: *Landtagswahl im Saarland*

19. September: *Landtagswahl in Brandenburg und Sachsen*

26. September: *Kommunalwahl in NRW*

2. Oktober, Kiel: *Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) Bündnis 90/Grüne*

30./31. Oktober: *Parteitag der PDS*

31. Oktober, Brüssel: *Die Amtszeit der EU-Kommission endet*

2. November 2004: *Präsidentenwahlen in den USA*

10. Dezember: *Deutscher Menschenrechts-Filmpreis 2004.* Am 10. Dezember, dem Jahrestag der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen, gibt es jedes Jahr zahlreiche Absichtserklärungen, die viel zu oft verhallen. Aber gerade in unserer globalisierten Welt gewinnen die Wahrung und der Schutz der Menschenrechte immer stärkere Bedeutung für das nationale und internationale Zusammenleben. Doch die Menschenrechte und ihre grundlegenden Normen sind auch weltweit gefährdet. Diskussionen um das Folterverbot, das Menschenrecht auf Asyl oder das Recht auf Nahrung zeigen dass dies selbst für die demokratischen Gesellschaften gilt. In Zeiten globaler Krisen und Terrorismusbekämpfung muss die Zivilgesellschaft die Regierungen an ihre Verpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte erinnern und auf ihrer Respektierung bestehen. Den Medien als so genannte vierte Macht kommt dabei eine wichtige Kontroll-, Bildungs- und Informationsfunktion zu. Der Deutsche Menschenrechts-Filmpreis setzt an dieser Schlüsselfunktion der Medien für unsere Wirklichkeitsauffassung und Handlungsfelder an. Er will die Menschenrechte ins Zentrum von Öffentlichkeit und Politik rücken, dort wo ihr Platz als „Leitkultur“ menschlichen Daseins ist. Er will die Macht der Bilder zugunsten der Menschenrechte sprechen lassen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung gehört zu den Mitveranstaltern des Menschenrechtsfilmpreises 2004 und ruft zur Teilnahme an diesem Wettbewerb auf. Neben Profi- und Amateurbeiträgen werden in diesem Jahr erstmals auch Zuschauerzuschläge prämiert. Anmeldeschluss für die Einreichung von eigenen Produktionen ist der 1. Oktober, bis zum 1. August können Vorschläge für den Publikumspreis eingereicht werden. Die Preisverleihung findet am 11. Dezember in Nürnberg statt.